Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 259. Dienstag, den 4. November 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Wahlsieg in Italien.

Aus Rom wird uns geschrieben:

Am Sonntag, den 26. Oktober, machte sich der Volkswille mit explosiver Gewalt Luft. Gewählt wurden 57 Sozialdemokraten — früher waren es 23 offizielle und 14 Reformisten. In 41 Wahlkreisen stehen die Sozialdemokraten in Stichwahlen; davon sind uns 20 Mandate sicher. Im künftigen Parlament Italiens, das 508 Abgeordnete zählt, werden 75 Sozialdemokraten sitzen neben 20 bis 22 Republikanern. Die Demokraten und Radikalen zählen jetzt schon 48 und werden auf 60 kommen. Die äußerste Linke — der „Berg“ — tritt über 150 Köpfe stark ins Parlament ein, also mit einem Gewinn von 70 Mandaten.

Von den bisher uns gehörenden 25 Mandaten wurden 21 behauptet, und zwar auch solche, wie Florenz IV, die für durchaus unsicher galten. Verloren gegangen ist nur das Mandat von Valenza, das sich in Händen des Linksreformisten Merlani befand. Der erste römische Wahlkreis, den auch die Optimisten für verloren gaben, bringt den bisherigen Abgeordneten, Genossen Campanozzi, mit 1790 Stimmen in Stichwahl mit dem von den Klerikalen unterstützten Nationalisten Federzoni, der 1810 Stimmen erhielt. Der Kandidat des Blocks und der Reformisten, Fürst Scipione Borghese, steht nur um 7 Stimmen hinter Campanozzi zurück. Trotzdem setzt man Hoffnungen auf die Stichwahl, da ein Teil der für Borghese abgegebenen Stimmen lieber auf Campanozzi übergeht, als auf den klerikal-nationalistischen Gegner.

Wenn also die alte Partei so gut wie gar keinen Boden verliert, so macht sie dagegen einen mächtigen Vorstoß durch die Eroberung von 10 Mandaten. Einige von diesen, so Alessandria, Vigevano, Venedig I, Parma II und Empoli, waren schon früher im Besitz unserer Partei und sind teils bei den letzten und vorletzten allgemeinen Wahlen, teils bei Ersatzwahlen verloren gegangen. Neu erobert ist San Remo in Ligurien, wo Genosse Roimondi mit 7379 Stimmen den bisherigen ministeriellen Abgeordneten, einen vielfachen Millionär, verdrängt. Weiter Lendinara, wo der sozialdemokratische Gemeindeschullehrer Soglia mit nahezu 6000 Stimmen gewählt ist, und Mortara, wo Genosse Cagnoni den Unterstaatssekretär Bergamaschi aus dem Sattel wirft.

Was die Stichwahlen betrifft, so bringen sie auch viele hocherfreuliche Ueberraschungen, und ebenso sind auch die erreichten Stimmenzahlen sehr befriedigend.

Zum ersten Mal erhob der Klerikalismus in dem erzkatholischen Lande Italia, dessen Bevölkerung zu 98,3 Prozent Katholiken zählt, in allen Provinzen sein Haupt. Insgesamt sind gegen siebzig schwarze Kandidaturen bekannt geworden. Die Hauptarbeit jedoch wurde insgeheim, in tiefster Stille und hinter den Kulissen geleistet. Die von Sakristei und Beichtstuhl geleiteten Wählermassen erhielten jeweils von dem zuständigen Bischof — Italien zählt 275 Bischöfe! — die Weisung, welchen Kandidaten liberaler und ministerieller Richtung sie zu unterstützen hätten, wen sie bekämpfen oder ob sie zu Hause bleiben sollten. Als politischer Unterhändler atmete der Graf Gentiloni, der um der „guten Sache“ willen den Ministern und Unterstaatssekretären die Stimmen der Katholiken zuwandte, auch wenn diese hochgestellten Wahlbewerber der Freimaurerei angehörten. Gewählt wurden im ersten Wahlgang 26 Klerikale — gegen 24 der verflossenen Tagung. Achtzehn stehen in Stichwahl. Der endgültige Besitzstand der schwarzen Gruppe im Parlament Italiens kann auf 35 oder 36 Mann veranschlagt werden. Das „Non Expedit“ Pius XI., wonach der gläubige Katholik im Staat der kirchenräuberischen Dynastie Savoyens nicht an den politischen Wahlen teilnehmen darf, ist tatsächlich in ganz Italien aufgehoben worden; mehr als fünfzig liberale Wahlbewerber haben offenkundig die „schwarzen Bedingungen“ unterzeichnet, mehr als zweihundert Ministerielle im geheimen. Und der Enderfolg? Es sind einhundert Ministerielle von den Männern der Linken geworfen, und es werden von 508 Abgeordneten höchstens 36 zur parteipolitischen Miliz des Vatikans gehören!

Der Prozentsatz der Wahlbeteiligung ist noch nicht bekannt, wird aber schätzungsweise auf 60 Prozent veranschlagt, etwa ebensoviel wie bei den vorigen Wahlen, was bei der Erhöhung der Wahlberechtigten von drei auf acht Millionen ein recht zufriedenstellendes Ergebnis ist.

Es ist noch zu früh, um die Physiognomie der neuen Kammer zu skizzieren, doch läßt sich jetzt schon sagen, daß die wesentliche Veränderung in der Vermehrung der Sozialisten bestehen wird. Giolitti, der diesmal der ganzen bürgerlichen Opposition Pardon gegeben hat, hat unseren Kandidaten die Ehre scharfer Bekämpfung zuteil werden lassen.

Alles in allem kann die Partei stolz sein auf das Ergebnis dieses ersten Wahlkampfes mit erweitertem Wahlrecht.

Hoffentlich wird der Stichwahltag vollenden, was der Hauptwahltag so glänzend begonnen hat. Unseren italienischen Genossen gebührt die Anerkennung für ihr tapferes Schlagen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reichstagsarbeiten.

Dem am 25. November wieder zusammentretenden Reichstag wird der Haushaltsetat bestimmt vorliegen. Die erste Lesung ist für die ersten Dezembertage in Aussicht genommen. Gleich nach dem Wiederzusammentritt soll die erste Lesung des Spionagegesetzes vorgenommen werden. Im Anschluß hieran sollen die zu erwartenden Interpellationen über die Arbeitslosigkeitsversicherung und über die Welfenfrage, sowie die spruchreifen Wahlprüfungen erledigt werden. Vor den Weihnachtsferien sollen dann noch einige kleinere Vorlagen ihre Erledigung finden. Die Weihnachtsferien sollen am 13. Dezember beginnen.

Dem Reichstage ist auch ein neuer Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes zugegangen, da die frühere Regierungsvorlage nicht mehr zur Verabschiedung kam. In der neuen Vorlage haben die Beschlüsse des Reichstags zum Teil Berücksichtigung gefunden. — Wann der Entwurf eines Reichstheatergesetzes an den Reichstag gelangen wird, ist noch unentschieden. Der Bundesrat wird sich nach Weihnachten mit dem Entwurf beschäftigen. Die Haushaltsberatungen des Bundesrats beginnen Anfang dieser Woche und sollen noch vor dem Bußtage abgeschlossen werden.

Die Meldung, das Reichsschatzamt plane eine Besteuerung der Taschenfeuerzeuge wird insoweit dementiert, daß an zuständiger Stelle eine solche Absicht zunächst nicht besteht. Das ist natürlich eher eine Bestätigung als ein Dementi.

Das neue Fideikommißgesetz in Preußen.

In der kommenden Session wird sich der preußische Landtag auch mit dem in Aussicht gestellten Gesetzentwurf zu beschäftigen haben, durch den das Fideikommißwesen in Preußen neu geregelt werden soll. Eine offiziöse Korrespondenz teilt darüber mit: „In der Hauptsache steht dabei in Frage, die gesetzlichen Bedingungen für die fideikommissarische Bindung von Grund und Boden da zu erleichtern, wo die Verteilung des Grundbesitzes oder Rücksichten anderer Art, zum Beispiel in den Gebieten der Ostmark, solche Maßnahmen geboten erscheinen lassen. Weiter aber wird in Betracht kommen, der Regierung die Befugnis zu geben, überall da der Errichtung von Fideikommissen entgegenzuwirken, wo die Grundbesitzerverhältnisse der einzelnen Gebiete oder öffentliche Interessen dies geboten erscheinen lassen. Endlich soll auch durch den Ausbau der Gesetzgebung die Möglichkeit geschaffen werden, Landfideikommisse zum Teil in Geldfideikommisse umzuwandeln.“

Die ostelbischen Junker werden alle Minen springen lassen, damit ihre „Rechte“ und ihre Machtverhältnisse nicht angetastet werden.

Klerikale Mameluken.

Auf dem Parteitag in Jena war angeregt worden, daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten künftig bei Kaiserhochs nicht mehr den Saal verlassen, sondern ruhig sitzen bleiben sollen. Diese drohende Verweigerung byzantinischer Katzbuckeleien hat die Erzberger'sche Zentrums-Parlamentskorrespondenz zum Toben gebracht; sie flegelt die Sozialdemokraten folgendermaßen an:

„Zunächst werden sich aber die Genossen noch ein wenig gedulden müssen, da der Reichstag nicht mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet wird. Ein besonderes Kunststück wird es nicht sein, unter dem Schutze der Immunität eines Abgeordneten eine Kundgebung zu veranstalten, die außerhalb des Parlaments als Majestätsbeleidigung qualifiziert und bestraft werden würde. Jeder anständig Denkende betrachtet ein Individuum, das von geschütztem Hinterhalte aus Angriffe auf einen Menschen macht, ohne sich der Gefahr aussetzen zu müssen, zu einer Verteidigung gezwungen zu werden, als einen Feigling. Uebrigens könnte man die Frage ventilieren, ob dem Präsidenten des Hauses nicht die Aufgabe zufallen müßte, gegen eine offenkundige Beleidigung des deutschen Kaisers mit den verfügbaren Ordnungsstrafen einzuschreiten. Daß die Sozialdemokraten selbstverständlich vor dem Gesetz straffrei sind, ist ganz klar. Man hat es ja schon oft erlebt, daß die Genossen von dem Schutzmantel der Immunität nur zu ausgiebig Gebrauch machen. Hauptsächlich auch dann, wenn sie irgend etwas offenkundig Gesetzwidriges ausführen wollen.“

Ganz Erzberger! Was sollte aus der klerikalen Presse werden, wenn sie diesen Allerweltsschuhputzer und Schwadroneur nicht hätte.

Der Sozialdemokrat als Racheopfer der Hausbesitzer.

Im Wahlkreise Freiburg II ist Genosse Engler mit einer Minderheit von nur 74 Stimmen dem Zentrumskandidaten, Buchdruckereifaktor Mast, unterlegen. Den Ausschlag haben die liberalen Hausbesitzer gegeben. Ihr Zahl beträgt in diesem Kreise etwa 400 bis 500; sie folgten, wie erst nach der Wahl bekannt wurde, ihrem Klassen-Interesse als Hausbesitzer und pfiffen auf den Kampf gegen das Zentrum. Das nachstehend abgedruckte Zirkular, das in geschlossenem Kouvert versandt wurde, beweist dies unwiderleglich:

„Ein geeigneter Zeitpunkt, die Interessen der Grund- und Hausbesitzer wahrzunehmen, bildet der Wahltag. Es gilt, unserm Mitglied, Herrn Faktor Mast, gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten Engler zum Siege zu verhelfen.

. . . . Der Hausbesitzer hat in der gegenwärtigen Zeit wirklich schwer um seine Existenz zu ringen. Wollen wir Besserung herbeiführen, so müssen wir dafür sorgen, daß ein weiterer Hausbesitzer ins Parlament einzieht, der uns vor ungerechten Belastungen schützt; einen Mann, der nicht einseitig Mieter-, sondern auch Hausbesitzerinteressen vertritt.

In Ihrem eigenen Interesse bitten wir Sie, bei der heutigen Wahl alle andern Rücksichten beiseite zu lassen und Ihre Stimme für unser Mitglied Herrn Faktor Mast abzugeben.“

Das Zirkular hat seine Schuldigkeit getan: der Hausbesitzer wurde gewählt. Ein Beitrag zu dem Kapitel von der Wirkung des Klasseninteresses bei Wahlen.

Kulturarbeit in unseren Kolonien.

In Neukamerun, unserer neuesten Errungenschaft, ist es bereits zu heftigen Zusammenstößen mit den Eingeborenen gekommen, da diese sich nicht ohne weiteres des Besitzes ihres fruchtbaren Bodens entäußern möchten. Die Häuptlinge zeigten sich gegen die Kulturbringer feindlich, weshalb eine sogenannte Strafexpedition gegen sie ausgesandt wurde. Nach einem Bericht der „Deutschen Kolonialzeitung“ fanden dabei 32 Eingeborene ihren Tod. Nach demselben Blatte hat das deutsche Gouvernement in Buea die „nötigen Anordnungen“ getroffen, um die Häuptlinge von Nguku und Gabola zu bestrafen und sie zur Anerkennung der deutschen Herrschaft zu zwingen.

Der sozialdemokratische Willkommengruß an den Welfenherzog.

Am Montag fand in Braunschweig eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung statt, die zur Thronbesteigung des kaiserlichen Schwiegersohnes Stellung nahm. Genosse Richard Wagner besprach unter stürmischem Beifall die politischen Vorgänge und protestierte gegen Verwendung der Steuermittel zu byzantinischen Zwecken. Die Versammlung faßte einstimmig eine Resolution, in der es u. a. heißt:

„Die Versammelten erklären sich für die Republik und gegen die Kleinstaaterei. Sie erblicken aber die nächste Aufgabe der aufgeklärten Arbeiterschaft in der Erkämpfung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts. Sie geloben, diesen Kampf mit aller Kraft und allen Mitteln durchzuführen. Die Versammelten erklären die Bewilligung der hohen Zivilliste für einen Verrat an den Interessen des Volkes; zugleich protestieren sie gegen die Vergeudung öffentlicher Mittel zu byzantinischen Empfängen.“

Die Versammlung hatte ein außergewöhnliches Polizeiaufgebot auf die Beine gebracht. Es wurden auch einige Teilnehmer verhaftet, weil sie die Marseilleise sangen. Sonst fanden die mit Revolvern bewaffneten Polizisten nichts zu tun.

Tabakbau in Deutschland.

Zu den angeblich wohltätigen und beabsichtigten Wirkungen der Schutzzölle gehört auch die Förderung des Tabakbaues in Deutschland — Schutz der nationalen Arbeit. Was zeigt die Wirklichkeit? Rückgang auf der ganzen Linie. 1902 gab es in Deutschland 117 925 Tabakpflanzer, 1913 ist die Zahl auf 87 030 gesunken. Die bebaute Fläche hatte eine Größe von 17 325 Hektar im

Jahre 1902, 15775 Hektar im Jahre 1912 und 14181 Hektar im Jahre 1913.

Daß die „Schutzzölle" den Tabakbau gefördert hätten, kann man wirklich nicht behaupten. Selbst die höchsten Zölle können nicht die klimatischen Vorbedingungen für das Gedeihen einer Pflanze herbeiführen.

Der sozialdemokratische Stimmenrückgang in Baden.

Zu der Diskussion, die nach den nun beendeten Stichwahlen in der Parteipresse einsetzen wird, sendet man uns aus Baden den folgenden statistischen Nachweis, daß vor 4 Jahren unsere Stimmenzahl in außergewöhnlicher Weise in den einzelnen Kreisen in die Höhe ging: Wir hatten nur in zwei Kreisen geringe Stimmenverluste, dagegen in den übrigen 71 durchgängig eine Stimmenzunahme. Wie stark diese in manchen Kreisen war, beweisen die Zahlen von 1905 und 1909, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß jeder Wahlkreis nur 30 000 Einwohner zählen darf.

	1905	1909
Säckingen	515	1043
Lörrach-Land	956	1615
Schopfheim-Schönau	777	1492
Müllheim-Staufen	112	716
Breisach-Emmendingen	133	629
Freiburg II	746	1212
Emmendingen	414	1249
Offenburg-Kehl	400	1290
Karlsruhe I	1343	2430
Karlsruhe III	1198	2046
Karlsruhe IV	1628	2730
Wiesloch	221	1059
Eppingen-Sinsheim	326	1439

Nach dem Wahlresultat von 1913 sind in den meisten Wahlkreisen unsere Stimmen durchschnittlich um die Hälfte der Zunahme von 1909 gefallen. Immerhin sind uns von den 36 000 Wählern, die vor 4 Jahren zu uns stießen, rund 24 000 treu geblieben.

Mittelstandstagung.

In Berlin begann am Montag wieder einmal eine Mittelstandstagung, die diesmal von einer Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe veranstaltet ist. Alle möglichen Regierungsstellen hatten sich vertreten lassen, und alle bürgerlichen Parteien des preußischen Landtags und des Reichstags. Man sah da neben dem Spiritus-Kreih den Fortschrittler Pachnicke und neben dem antisemitischen Zünftler Hammer den — „Germanen" Dr. Arendt. Geheimrat Schwarz vom preußischen Finanzministerium feierte den Mittelstand als die wertvollste Stütze und das feste Bollwerk der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Dann wurden verschiedene Reden, natürlich in erster Linie gegen die Konsumvereine, gegen die Beamtenorganisationen, gegen Ausverkäufe, Sonntagsruhe, den unlauteren Wettbewerb gehalten. Besonderen Schmerz hat es den Leuten verursacht, daß auf dem letzten evangelisch-sozialen Kongreß auch schon eine gewisse Einsicht über die Notwendigkeit der Konsumentenorganisation zum Ausdruck gekommen ist.

Belgien.

Folgen des Krupp-Prozesses. Im belgischen Parlament wird der Krupp-Prozeß insofern ein Nachspiel haben, als ein Abgeordneter eine Interpellation beabsichtigt, in der vom Kriegsminister Aufklärung über die Beziehungen verlangt wird, die zwischen Herrn v. Metzen und der belgischen Regierung bestanden haben. Die Belgier behaupten, minderwertiges Material zu teuren Preisen von Krupp geliefert erhalten zu haben. Metzen hat im Krupp-Prozeß ausgesagt, daß seine Bezüge in Belgien 25 000 Mk. pro Jahr betragen haben und der Interpellant will nun wissen, ob mit diesem Gelde Bestechungen verübt worden sind.

Italien.

Die Stichwahlen. Von den 101 Stichwahlen sind 83 Resultate bekannt. Gewählt sind: 46 Ministerielle, 17 Sozialisten, drei Katholiken, 12 radikale Sozialisten, vier Republikaner und ein reformistischer Sozialist.

Balkan.

Die „wiedergewonnenen Brüder" unter dem Ausnahmegesetz. Elsaß-Lothringen wiederholt sich! Bei der Adreßdebatte in der serbischen Skupschtina erklärte der Minister des Innern, Protitsch, daß das Verfassungsregime in den neuen Gebieten erst nach Herstellung einer vollkommenen Sicherheit der Person und des Eigentums eingesetzt werden könne. Das Uebergangsregime dürfte demnach etwa zehn Jahre währen.

Also die Diktatur! Man muß doch starke Zweifel setzen in die Freude der „Befreiten", wieder zum „alten Vaterland" zu gehören, wenn man solche bismärckischen Sicherheitsmaßregeln für nötig hält.

Im Norden Albaniens sollen sich nach serbischen Berichten wieder Bewaffnete in größeren Gruppen sammeln. Es liege die Vermutung nahe, daß sie einen neuerlichen Einfall in serbisches Territorium planen. „Sollten die Protektoren der Albaner auch diesmal nicht imstande sein, sie zur Ruhe zu verhalten, dann werde Serbien zur eigenen Notwehr gezwungen sein. Bei aller Achtung vor dem Willen der Großmächte müsse Serbien das Recht zuerkannt werden, daß es seinen eigenen Frieden mehr als jenen Europas schätze. Serbien dürfe nicht das Feld räuberischer Orgien der Albaner sein." Aber nach dem Ausmorden bei der Unterdrückung des letzten Aufstandes werden die Albaner die Lust zu neuen Einfällen gerade nicht haben.

Aus Tirana wird gemeldet, daß dort gegen vierzigtausend flüchtige Albaner aus Dibra und Umgebung angekommen seien. Die Zahl der albanischen Emigranten aus den von Serbien okkupierten Gebieten beträgt hunderttausend.

Balkan-Christliches. Der „Köln. Ztg." meldet ein Korrespondent aus Sofia: Die Rückkehr der bulgarischen Gefangenen aus Griechenland gibt neuen Anlaß zur Erbitterung gegen Griechenland. Das Aussehen der Zurückkehrenden ist tatsächlich trostlos elend und verhungert. Die Aerzte und Offiziere berichten haarsträubende Einzelheiten über den Aufenthalt in den Kasematten von Nauplia und auf der Teufelsinsel Trikeri am Eingang des Golfes Volos. Danach ist der mangelhaften Nahrung und der Obdachlosigkeit das Auftreten vieler Krankheiten zuzuschreiben. Das Fehlen sachverständiger ärztlicher Hilfe verursachte den Tod vieler Gefangener. Etwas besser waren 300 auf die Insel des Odysseus, Ithaka, verschlagene Bulgaren aufgehoben. Die bulgarische Regierung hat eine Untersuchung angeordnet, deren Ergebnis dem Haager Schiedsgericht und den Großmächten vorgelegt werden soll. Für Montag ist eine Versammlung einberufen, wo die Berichte der Gefangenen gehört und die öffentliche Verurteilung des griechischen Verhaltens ausgesprochen werden wird. Hierzu und zu den fortgesetzten Klagen über griechische Schroffheiten gegen die Bulgaren Mazedoniens, daß der Kriegszustand fortdauere, treten die Klagen gegen Serbien wegen der gewaltsamen Entnationalisierung des Bulgarentums und außerdem beständige ernste Reibungen der Grenztruppen. Rußlands Bemühungen um die Versöhnung der Balkanslawen sind auf unabsehbare Zeit aussichtslos.

Eine Meldung der „Agence Bulgare" aus Sofia sagt: Zahlreiche bulgarische Familien klagten bei der Regierung gegen das Vorgehen der Griechen, welche die bulgarischen Kaufleute, die im griechischen Gebiete reisen, in Haft nehmen, auf alle mögliche Weise belästigen und sogar töten. Bei dem Austausch der griechischen und bulgarischen Kriegsgefangenen fehlten zahlreiche bulgarische Gefangene, deren Namen auf der von der griechischen Regierung vorgelegten Liste stehen, beim Aufruf. Die bulgarischen Kommissare machten die griechischen Kommissare aufmerksam. Diese weigerten sich jedoch, irgendwelche Aufklärung darüber zu geben. Die fehlenden Gefangenen sind wahrscheinlich umgebracht worden.

Die politisch maskierten Mordbrenner, die unter dem Namen Komitadschis bekannt geworden sind, haben wieder ihre Blutarbeit aufgenommen. Nach Mitteilungen aus dem westlichen Thrazien wurden in 14 Dörfern der Bezirke Gümüldschina, Soflu und Dedeagatsch von Baschibozuksbanden, die zum größeren Teil aus Griechen bestanden und von griechischen Offizieren kommandiert wurden, die Einwohner massakriert. Von dem Eintreffen von bulgarischen Truppen waren mehr als 8000 Frauen und Kinder nach Dedeagatsch geflohen, um bei den griechischen Militärbehörden Schutz zu suchen; aber die Behörden von Dedeagatsch ließen sie den in der Nachbarschaft operierenden Banden ausliefern. Nur 3600 Personen von diesen Unglücklichen sind dem Tode entgangen.

Anderseits lassen auch die Bulgaren ihre Komitadschis los. Vierzig bis fünfzig bulgarische Komitadschis überschritten zwischen Doiran und Strumitza die serbische Grenze, überfielen zwanzig auf dem Wege nach Strumitza befindliche türkische Familien, obgleich diese mit Passierscheinen der bulgarischen Regierung versehen waren, und richteten unter ihnen ein Blutbad an.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 4. November.

Achtung, Parteigenossen! Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute abend im Gewerkschaftshaus statt. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Die Lübecker Bürgerschaft beschäftigte sich gestern abend in eingehender Weise mit den in Aussicht genommenen kostspieligen Arbeiten zur Sicherung der Puppenbrücke. Der Senat hatte zu seiner Unterstützung den früheren Oberbaudirektor Dr. Rehder herangezogen, der in seinen Ausführungen betonte, daß eigentlich niemand für die erfolgten Senkungen des einen Widerlagers der Puppenbrücke verantwortlich zu machen sei. Das Projekt war tadellos, nur der Pfahlrost auf der Stadtseite ist schuld, wenn die Kalamität eingetreten ist, so sagte Herr Rheder, der selbst als Erbauer der Brücke in Betracht kommt. Von den Herren Böhs und Wandke sowie dem Genossen Möller wurden die Ursachen erörtert, die ihrer Meinung nach zu dem gegenwärtigen Zustand der Brücke geführt haben. Von Möller wurde beantragt, bei den Wiederherstellungsarbeiten, die von der Baudeputation ausgeführt werden sollen, den dabei beschäftigten Leuten die hier geltenden tarifmäßigen Löhne zu zahlen. Diese eigentlich selbstverständliche Forderung, die auch vom Genossen Ehlers warm befürwortet wurde, ging den sämtlichen Erstklassigen aber noch zu weit; es wurde dann schließlich beschlossen, daß den neueinzustellenden Arbeitern der tarifmäßige Lohn zu zahlen ist. Die Senatsvorlage fand dann mit großer Mehrheit Annahme.

Eine längere Debatte entspann sich über die Revision des Grundsteuergesetzes. Während der Senat den Industriellen Vergünstigungen gewähren will, benutzten die Kunstgärtner durch Herrn Schetelig die Gelegenheit, für sich gleichfalls Steuerermäßigungen herauszuschlagen. Genosse Dr. Schlomer sprach sich gegen diese Abbröckelung des Gesetzes aus. Die Bürgerschaft beschloß, nach einer mit häufigen Wiederholungen „gewürzten" Aussprache, das ganze Gesetz an eine Kommission zu verweisen.

Der Senat beantragt, die Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer um deswillen zu ermäßigen, weil das Reich diese Steuer erhöht hat. Dagegen wandte sich entschieden Genosse Löwigt, der betonte, daß gerade die Erbschaftssteuer die gerechteste Steuer ist, und daß man doch den Rüstungsschwärmern nicht die Gelegenheit nehmen sollte, Opfer zu bringen. Nichtsdestoweniger nahm die Bürgerschaft den Antrag des Senates an; den dadurch entstehenden Einnahmeausfall wird man wieder der Allgemeinheit auferlegen. Von einer Opferwilligkeit war bei der Beratung nichts zu merken. Im Gegenteil; es wurden sogar Wünsche geäußert, die eine weitere Ermäßigung der Erbschaftssteuer bezwecken sollen, natürlich in Rücksicht auf eventuelle gierherziehende Rentner. Die Senatsvorlage, die im Interesse der Besitzenden liegt, fand natürlich Annahme.

Widerspruch bei einem Teile der Bürgerschaft fand die Senatsvorlage betreffend die Errichtung eines Anbaues an die Hauptfeuerwache. Von einigen Rednern wurde hervorgehoben, daß der Anbau überhaupt nicht nötig sei; andere waren wieder der Meinung, daß die Bewilligung erst im nächsten Rechnungsjahre erfolgen sollte. Mit einer Stimme Mehrheit fand schließlich der Senatsantrag Annahme; er muß aber vor seiner endgültigen Verabschiedung noch die zweite Lesung passieren.

Eine ganze Reihe weiterer Senatsanträge, unter ihnen solche von recht erheblicher finanzieller Bedeutung, fand ohne wesentliche Diskussion Annahme. Gegen 10¾ Uhr mußte die Sitzung abgebrochen werden, da die Bürgerschaftsmitglieder in hellen Scharen den Saal verließen, obwohl die Tagesordnung noch nicht aufgearbeitet war.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Novbr. 1913: 26 953 Mitglieder gegen 24 209 im Jahre 1912. Auf Männer entfielen davon 17 768 (1912 16 619), auf Frauen 9185 (1912: 7590). Erwerbsunfähig krank waren am letzten Oktober 1913: Männer 407 (1912: 403) und Frauen 279 (1912: 282). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Okt. 2059 (1912: 1918) erteilt. Sterbegeld wurde im Oktbr. für Mitglieder in 19 Fällen, für Angehörige in 31 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die satzungsmäßigen Verhaltungsvorschriften waren in 31 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluß an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Okt. 22 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwochs und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Ein Mahnruf an die Hausangestellten und Dienstboten, sich im Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands zu vereinigen, um bessere Arbeitsbedingungen herbeizuführen, liegt der heutigen Auflage unseres Blattes bei. Das Büchlein, das den Nachweis liefert, wie notwendig gerade die Organisation der Hausangestellten ist, sollte überall die gebührende Beachtung finden. Namentlich die Eltern, deren Kinder als Dienstmädchen, Köchinnen, Kindermädchen, Diener, Stützen, Wirtschafterinnen usw. tätig sind, werden ersucht, diese auf die Organisationsbestrebungen der Hausangestellten empfehlend hinzuweisen.

Das Großfeuer auf dem Holzlagerplatz von Brügmann u. Sohn bildet noch immer begreiflicherweise das Hauptgesprächsthema der hiesigen Einwohnerschaft. Über den Brandstifter und die Art seines Vorgehens werden die verschiedensten und phantasievollsten Gerüchte verbreitet, für die sich bisher aber noch keinerlei Anhalt ergeben hat. Der Gesamtschaden, den der Riesenbrand verursacht hat, wird auf 1¼ Million Mark beziffert. In auswärtigen Blättern werden verschiedentlich Berichte veröffentlicht, welche stark übertreiben. So berichtet ein Bremer Blatt, daß 6 Wohnhäuser abgebrannt sind, während in Wirklichkeit die Häuser Einsiedelstraße 18 und 20 ganz resp. zum großen Teil vom Feuer zerstört sind, während die in der gleichen Straße befindlichen Häuser 16 und 16a durch die Hitze gelitten haben. Die Belohnung, welche auf die Ermittelung des Brandstifters gesetzt worden ist, ist jetzt auf 14 000 Mark erhöht worden.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat Oktober 1913. Befördert sind 1913: 925 458 Personen, 1912: 809 046 Personen, + 116 412 Personen. Eingenommen sind: 1913 97 928,43 Mk., 1912: 84 204,82 Mk., + 13 723,61 Mk. Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1913. Befördert sind: 1913: 6 677 725 Personen, 1912: 6 000 739 Personen, + 676 986 Personen. Eingenommen sind: 1913: 717 906,66 Mk., 1912: 634 042,99 Mk., mehr 83 863,67 Mk.

Was gefunden wurde. Im Monat Oktober ds. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert: Mehrere Portemonnaies mit und ohne Inhalt, sowie Handtaschen mit Inhalt, 1 Brillantring, 1 Damenhalskette, 1 Damen- und 1 Herrenuhrkette, 2 Broschen, 2 silberne Armbänder, 1 Fahrrad, 2 Kinderjacken, 1 Korsett, 1 Spitzentaschentuch, mehrere Stücke Leibwäsche und Kleiderstoffe, 1 Puppensportwagen, 1 Fremdwörterbuch, 1 Frühstückstasche, 1 Spazierstock, mehrere Schirme, 100 Stück Unterlegscheiben, 1 Wagenlaterne, 2 Leuchter, 1 Sprossenleiter, sowie ein deutscher Schäferhund und 1 Kanarienvogel.

Handelsregister. Am 31. Oktober 1912 ist eingetragen 1. die Firma Korsett-Salon Royal, Martha Koch, Lübeck. Inhaberin: Anna Dorothea Martha Christine Koch, unverehelicht in Lübeck; 2. bei den nachstehenden Firmen a) K. Nebermann, Lübeck, b) Otto Faber, Lübeck, c) Friedr. Lankau S. Hasse jr. Nachf., Lübeck, d) Gebrüder Buck, Lübeck, e) Lübecker Zentralheizungs-Fabrik „Phönix" Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck, f) Strack u. Ewers, Lübeck: Die Firma ist erloschen.

pb. **Diebstahl.** Am Sonntag, dem 2. ds. Mts., in der Zeit zwischen 8 und 9 Uhr abends ist von der Tür des Hauses Große Burgstraße 7 ein sogenannter Türklopfer aus Messing, in Form eines Ringes, gewaltsam abgebrochen und gestohlen worden. Der Türklopfer hat einen Wert von 15 Mark.

pb. **Verschwundenes Ruderboot.** In der Zeit zwischen dem 1. und 3. dss. Mts. ist ein im Elbe-Trave-Kanal bei der Brauerei zur Walkmühle vertäut gewesenes Ruderboot abhanden gekommen. Es ist vermutlich von Unbefugten zum Fischen benutzt worden. Das etwa 4 Meter lange und 1,20 Meter breite Boot ist außen grau und innen braun gestrichen. An beiden Seiten des Vorderstevens ist der Name „Lene", der allerdings überstrichen, aber noch leserlich ist, angebracht. Das Steuer ist aus Eisen hergestellt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Es gibt Bühnenwerke, die heiß umstritten sind. Zu denen gehört auch Franz Dülbergs „Korallenkettlin". Die Zensur in Preußen hat sich auf den Standpunkt gestellt, das Werk sei seines Inhaltes wegen für öffentliche Aufführungen nicht geeignet, während die Presse und das literarisch gebildete Publikum auf dem entgegengesetzten Standpunkte steht: Hier habe man es unbedingt mit dem Werke eines Dichters zu tun, der es verdient, gehört zu werden. Es soll ihm deshalb hier Gelegenheit gegeben werden, vor das Forum des Publikums und der Presse zu treten, um sein Werk dem Urteil der Oeffentlichkeit unterbreiten zu können. Aus diesem Grunde ist für die Aufführung der Mittwoch gewählt worden, der außerhalb des Abonnements liegt. Es steht also jedem frei, die Vorstellung zu besuchen oder nicht. Kinder unter 15 Jahren finden keinen Zutritt.

Fürstentum Lübeck. Die diesjährigen Herbstkontrollversammlungen finden statt: In Lensfeld, Gastwirtschaft von Steffen, Montag, den 10. Nov.,

vorm. 9 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Malente-Gremsmühlen, Hotel Brahmberg, Montag, den 10. Nov., nachm. 2½ Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Eutin, Gasthaus zum Landhaus (Röper), Sonnabend, den 15. Nov., nachm. 3 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Ahrensböck, Weidemanns Hotel, Montag, den 17. Nov., vorm. 9 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Timmendorferstrand, Lages Strandhotel, Montag, den 17. Nov., nachm. 2 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Schwartau, Heuers (Jürgens) Hotel, Dienstag, den 18. Nov., vorm. 10 Uhr, für sämtliche zum Erscheinen Verpflichteten. In Stockelsdorf, Gastwirtschaft Brauerei Fackenburg, Dienstag, den 18. Nov., nachm. 2½ Uhr, für sämtliche zur Erscheinen Verpflichteten.

Ratekau. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die am letzten Sonntag abgehalten wurde, war sehr gut besucht. Aufgenommen wurde eine Genossin. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Einer Einnahme von 89,77 Mk. stand eine Ausgabe von 89,50 Mk. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 0,27 Mk. verblieb. Den Bericht von der letzten Gemeinderatssitzung gab Genosse Kruse. Er führte aus, daß der Gemeinderat sich mit dem Projekt beschäftigt, die Gemeinde West-Ratekau mit elektrischem Licht und Strom zu versorgen. Kosten sollten der Gemeinde dadurch nicht entstehen. Die Verzinsung und Amortisierung der Anlagen müssen von den Interessenten getragen werden. Eine Kommission, der auch ein Genosse angehört, wird sich mit den Vorarbeiten des Projektes beschäftigen. Weiter teilte Genosse Kruse die Bestimmung wegen des Schneeschaufelns mit. Danach muß jeder vom 16. bis 55. Lebensjahr an dem Schneeschaufeln unentgeltlich teilnehmen. Die Aufsicht hat jeder Bauernvogt des Dorfes. Ein Antrag der Regierung an den Gemeinderat, den ortsüblichen Tagelohn von 2,80 Mk. auf 3,50 Mk. zu erhöhen, wurde gegen die Stimmen unserer beiden Genossen abgelehnt. Die Agrarier hatten nur geantwortet: Dat wär schön makt. Nach teilweise sehr lebhafter Debatte wurde das Verhalten unserer beiden Genossen im Gemeinderat gutgeheißen. Unterm Punkt Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten erledigt. Zum Schlusse gab der Vorsitzende noch bekannt, daß Ende November eine öffentliche Volksversammlung stattfindet, und es jetzt schon Pflicht sei, rege Propaganda dafür zu machen.

w. **Mölln.** Ungültige Krankenkassenwahl. Auf den gegen die hier am 15. Oktober vollzogenen Wahlen zum Ausschuß der Ortskrankenkasse Mölln eingelegten Protest, hat das Versicherungsamt die Wahl der Vertreter der Versicherten von Amts wegen für ungültig erklärt und die Neuwahl auf den 1. Dezember festgesetzt. Die vorhandenen Wahlvorschläge behalten Gültigkeit. Ob das Versicherungsamt die Wahl wohl auch von Amtswegen für ungültig erklärt hätte, wenn seitens der Versicherten Protest nicht eingelegt worden wäre? Trotzdem auch bei der Wahl der Arbeitgebervertreter Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollen, ist von Amts wegen diese Wahl nicht beanstandet

Mölln. Die diesjährige Herbstkontrollversammlung findet für die Mannschaften aus Mölln am 11. November, nachmittags 12.30 im Saale der „Harmonie" in Mölln statt.

Hamburg. Ein grauenvoller Lustmord ist am Sonntag oder Montag nachts an einem 8jährigen Schulmädchen verübt worden. Seit Sonntag abend 7½ Uhr war die am 19. September 1905 zu Hamburg geborene Tochter Gertrud Ottilie des im Keller des Hauses Peterstraße 34 wohnenden Postboten Siefert verschwunden. Man hat gesehen, daß das Kind von einem unbekannten Mann fortgelockt worden ist. Die Eltern erstatteten bald darauf bei der Polizeiwache 10 in der Peterstraße Anzeige und gaben dort das Signalement des Unbekannten zu Protokoll. Sofort wurden alle Polizeiwachen und Dienststellen der Kriminalpolizei verständigt und eine Anzahl Beamte mit der Suche nach dem Kinde beauftragt, aber alles Forschen war vergeblich. Am Montag morgen 8½ Uhr fand ein Arbeiter aus Altona die Leiche der kleinen Siefert im Gebüsch der Stadtgraben-Anlagen zirka 60 Meter vom Eingang der großen Brücke, die von den Holstenwallanlagen nach den Anlagen an der Glacischaussee führt, versteckt. Der Arbeiter machte der Polizei Mitteilung von dem schrecklichen Funde. Das tote Kind lag auf dem Rücken. Am Leibe fand man zwei große Schnitte. Blutspuren fand man weder am Fundort der Leiche, noch in der Nähe vor. Da man annahm, daß der Mord an anderer Stelle ausgeführt worden ist, ließ man Polizeihunde die Umgegend der Anlagen absuchen. Der durchdringende Regen in der Nacht schien aber alle Spuren verwischt zu haben, denn die Hunde fanden nichts, was für die Ermittelung des Mörders von Bedeutung hätte sein können. Nachdem später die Gerichtskommission, der Polizeiarzt und höhere Kriminalbeamte am Tatort tätig gewesen waren, wurde die Leiche ins Hafenkrankenhaus geschafft. Am Körper, der völlig blutleer ist, fand man nur wenige Blutflecken. Nach Ansicht des Polizeiarztes muß das Blut aus dem Körper des Kindes herausgespritzt sein, wodurch der Täter sicher auch mit Blut bespritzt worden ist. An der Fundstelle der Leiche sind Aufwühlungen des Erdreichs festgestellt, was darauf schließen läßt, daß der Mörder versucht hat, die Leiche zu verscharren. Bei genauer Absuchung des Fundortes fand man ein amtliches Papier mit dem Datum des 4. November. Dieses Papier ist ein Ueberweisungsschein für den Insassen der Rothenburgsorter Arbeiterkolonie Franz Trawitzki. Die Nachforschungen ergaben, daß dieser Trawitzki in der Nacht zum Montag unter eigenartigen Umständen einen schweren Diebstahl auszuführen versucht hat. Er wurde verhaftet, als er in der Niedernstraße mitten vom Fahrdamm aus eine Ladenscheibe mit einem Stein zertrümmerte. Man nahm Trawitzki in ein Verhör. Er gab an, daß er am Sonntag abend mit einem andern ihm unbekannten Mann zusammen gewesen sei. Auf die Frage, was er denn mit dem Ueberweisungszettel an die Arbeiterkolonie gemacht hätte, entgegnete er, daß er den Zettel in kleine Stücke zerrissen habe. Als man ihn darauf vorhielt, daß das eine Unwahrheit sei, denn der Zettel sei in den Anlagen beim Holstenwall gefunden worden, gab er zu, dort gewesen zu sein. Von der Leiche will er nichts gesehen haben. Trawitzkis Aussehen stimmt ziemlich mit dem Signalement überein, das die Schwester der Ermordeten, allerdings auch ein Kind, von dem Unbekannten gibt, der die kleine Siefert entführt hat. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Zirka 26 Jahre alt, schlank, blondes Haar, kleinen blonden Schnurrbart, schwarzen steifen Filzhut, graues Jackett, dunkle Hose. Er soll ungefähr 1,70 Meter groß sein. Auffälligerweise gleicht diese Personalbeschreibung bis auf die ungefähre Größe den Signalements, die man seinerzeit über die mutmaßlichen Täter der beiden Lustmorde auf Griesenwärder und beim Bramfelder See gab. Auf die Ermittelung des Täters, oder für den Nachweis von Tatsachen, die seine Ermittelung zur Folge haben, ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden. — Die Untersuchung hat ergeben, daß Trawitzki als Täter nicht in Frage kommt. Inzwischen ist eine Beschreibung eines zweiten Mannes, der als Entführer der kleinen Siefert in Frage kommen soll, gemacht worden. Nach diesen Angaben ist der Mann, der die Siefert fortlockte, nicht, wie die Schwester der Ermordeten zu erkennen glaubte, ein aus dem Arbeiterstande stammender Mann, sondern ein Herr, der in den besseren Kaufmannskreisen zu suchen ist. Der Unbekannte, der einen glatten schwarzen, bis über die Knie reichenden Paletot trug, und mit dunkler Hose und schwarzen Stiefeln bekleidet war, soll zirka 27 Jahre alt, zirka 1,73 Meter groß, schlank, schmächtig, doch nicht mager sein, eine ziemlich große Nase, hellblondes Haar, gleichen ungestutzten Schnurrbart und schmales bleiches verlebtes Gesicht haben.

Elmshorn. Erfolgreiche Lohnbewegung in der Wurstfabrik von Gebr. Rostock in Elmshorn. Nach längeren Verhandlungen wurde mit genannter Firma ein Vertrag abgeschlossen, der den Gesellen eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche brachte. Weiter haben ab 1. November Sonntags die Hälfte der Beschäftigten gänzlich frei; falls sie trotzdem zu notwendigen Arbeiten herangezogen werden, erhalten sie diese als Ueberstunden mit 50 Pfg. pro Stunde bezahlt. Der Anfangslohn wurde auf 28 Mk. festgesetzt, für Gesellen über 25 Jahre und Verheiratete auf 29 Mk. und für Hilfsarbeiter über 18 Jahre auf 27 Mk. Nach achtwöchiger und nach einjähriger Beschäftigung erfolgt je 1 Mk. Zulage pro Woche. Die Beschäftigten haben zwar nicht alles Gewünschte erreicht, können jedoch immerhin zufrieden sein; denn neben den erreichten Vorteilen bedeutet der Abschluß einen nicht zu unterschätzenden Erfolg. Es läßt leider der Ernst und die Festigkeit innerhalb der Organisation noch viel zu wünschen übrig. Der Erfolg wäre sonst sicher ein noch größerer gewesen.

Der Bürgerschaftswahlkampf

in der **Stadt** und den **Vorstädten Lübecks**

wird von der Sozialdemokratie mit einer

großen Volks-Versammlung,

die am

Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus

abgehalten wird, eröffnet. Referent ist der Reichstagsabgeordnete für Stuttgart Genosse **Hildenbrand**, der auch auf kommunalpolitischem Gebiet reiche Erfahrungen gesammelt hat. Selbstverständlich werden neben allgemeinen kommunalen Fragen, auch die speziellen **lübschen Verhältnisse** in der Versammlung zur Erörterung gelangen.

Die **bürgerlichen Gruppen und Cliquen Lübecks** sind sich noch **nicht einmal einig darüber, welche Leute sie zu Vertretern ihrer Interessen ins Vierklassenparlament entsenden wollen.** Die Wähler werden von ihnen überhaupt nicht eingeladen, ihre Taten zu besprechen.

Einzig und allein die Sozialdemokratie spricht in aller Öffentlichkeit aus, was sie will und vertritt das, was sie getan hat, vor den Wählern.

Darum:

Hinein in die Volksversammlung!

Neustrelitz. Ministerkrisis in Mecklenburg-Strelitz. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat das Entlassungsgesuch des Staatsministers Bessart angenommen. Der Minister hat seine Entlassung bekanntlich verlangt, weil der mecklenburgische Landtag die Verfassungsvorlage abgelehnt hat.

Bremen. Bauarbeiteraussperrung auf der Insel Wangeroog. Seit Ablauf des dort bestehenden Vertrages im Jahre 1909 haben Lohnerhöhungen nicht mehr stattgefunden. Da sich durch die jetzigen Kasernenbauten eine flotte Konjunktur geltend macht, wollten die Arbeiter mit den Unternehmern in Verhandlungen die Arbeitsverhältnisse besprechen. Es wurde vereinbart, die Bezirksverbände sollten einen Verhandlungstermin festlegen. Trotz dieser mündlichen Vereinbarung wurden am selbigen Tage zehn Maurer entlassen. Die übrigen zirka 50 Mann wurden am nächsten Tage ausgesperrt. Da die Kasernenbauten drängen, werden Arbeitskräfte dringend benötigt. — Zuzug ist fernzuhalten.

Standesamtliche Nachrichten

vom 26. Oktober bis 1. November 1913.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

15. Oktober. Prokurist W. Cohn. 19. Arbeiter J. H. F. Kröger. 20. Arbeiter J. H. F. Eggers. 21. Sekundärarzt am Allgemeinen Krankenhause Dr. med. K. O. F. Vorpahl. 22. Färbereibesitzer A. O. C. Karstadt. 23. Flußschiffer J. H. W. Möller. Lokomotivheizer E. J. F. W. Burmeister. 24. Arbeiter J. H. F. Kähler gen. Nickel. 25. Arbeiter H. A. P. Spendler. Tapezierer P. H. Oloff. Meierist P. F. W. Bloes. Kaufmann G. A. F. Dräger. 27. Kutscher C. F. W. Schmidt. Eisenbahn-Wagenschieber J. H. Kassow. Arbeiter J. H. Th. Bohnhof. 28. Arbeiter L. F. C. Timm. Werkmeister Chr. A. Rump. Arbeiter F. Baldus (Trentborst). Zuschneider K. A. F. Krull. 29. Bäckergeselle W. J. A. M. Lüneburg. 30. Handlungsgehilfe J. Chr. S. Soroe.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

22. Oktober. Briefträger W. H. F. Wulff. Straßenbahnwagenführer A. J. H. K. Magholder. 24. Tischler J. K. W. Langmaak. Arbeiter C. J. Chr. J. Burmeister. 26. Arbeiter C. H. A. W. Gienke. Nieter H. H. W. Eichhof. Schmied O. F. K. Matthies. 27. Arbeiter J. H. H. Melahn. 28. Milchhändler C. H. F. Struve. Arbeiter J. C. M. Dühring. 29. Milchhändler J. H. W. Lender (Zwillinge). Vizefeldwebel E. H. E. Drews. 30. Maurer M. M. F. Maaß.

1. November. Schlosser A. J. F. Kruse.

Angeordnete Aufgebote.

28. Landmann E. Chr. H. Carstens in Heidmühlen und M. L. Chr. Stollt. Telegraphenarbeiter F. J. W. Suhr und M. F. J. Hack. 29. Glasergeselle L. F. Chr. P. Kundt und M. L. A. Lemcke. Kutscher E. Zapfe in Warlitz und S. W. M. Zänner. Kellner E. W. K. Müller und A. M. A. Priess. Maschinist F. K. M. Koch in Hamburg und L. W. A. M. Johannson in Bad Schwartau. 30. Feuerwehrmann J. J. W. Möller und A. E. Falk. 31. Kutscher F. G. Fritsch und L. W. Esemann, beide in Altona. Vizefeldwebel H. F. F. Wendler in Mörchingen und M. A. Sabottge in Aschersleben. Schlossermeister R. M. J. Baader in Leipzig und E. M. J. Lohrmann. Kaufmann K. L. R. Diederichs und S. H. E. Frahm. Klempnergeselle H. H. A. Mull und M. E. W. H. Wiechmann. Buchhalter R. B. Narjes und A. M. K. Nau. Handlungsgehilfe J. K. N. Schwang und A. E. M. Busch.

1. November. Versicherungsbeamter R. L. Wiese und M. H. L. F. Heetes. Arbeiter R. J. H. Wieck in Moorgarten und M. Weimann. Kellner K. R. H. Fick und K. W. K. Eggers. Kasernenwärter W. Chr. J. Dettmann und A. M. W. J. A. Dose in Rostock. Arbeiter C. F. J. H. Bumann und M. J. D. Wendt in Barnekow.

Eheschließungen.

28. Oktober. Kunst- und Bauschlossermeister B. G. W. Haberland in Hamburg und D. W. Hüper. Holländer K. H. F. W. Rosehr in Wahrsow und E. Barkmann. Schlachtermeister G. H. A. Wulff in Segeberg und S. E. H. Wulff. Kaufmann J. M. H. Iversen und K. D. E. Sommer. 30. Schlachter C. J. Ollenburg in Grevesmühlen und M. E. Kistenmacher. 31. Geschäftsreisender W. F. J. Krüger und L. A. S. F. Hückstädt. Arbeiter K. Ch. L. Leers und M. M. L. Wulf. Bureaugehilfe H. R. Reinecke und Ch. E. W. H. H. Friedrichs. Maschinenmeister F. W. Koenig und E. M. E. Deppe. Klempnergeselle L. E. P. K. Beholz und A. M. M. Hardkop. Kaufmann E. R. Schultz und A. A. L. Berg geb. Arendt. Gipsfigurenmacher A. N. G. Betti und J. H. W. Meyer. Kaufmann H. G. A. Kröger und A. J. M. M. Langenbuch.

1. November. Arbeiter K. H. Ch. Körner und E. M. D. Niemann. Maurergeselle L. F. W. Nietzschmann und K. Ch. M. Stolten. Zollaufseher G. A. Fischer und L. M. Schlicke. Tischlergesene H. H. F. Drews und A. M. M. Stooss. Zimmermann P. H. Löding und K. J. L. Gamm. Hafenarbeiter J. M. A. G. Wittler und M. E. Reinke.

Sterbefälle.

9. September. In der Nordsee ertrunken: Bootsmannsmaat H. W. L. Bansmer, 23 J.

24. Oktober. F. H. Kruse, 15 J. (Mollhagen). 25. L. W. M. geb. Bruse, Ehefrau des Händlers H. A. M. Quistorf, 39 J. (Fackenburg). 27. E. M. Söllner, 16 T. Arbeiter F. Y. Bialkowsti, 57 J. A. H. C. geb. Hellmann, Ehefrau des Arbeiters J. H. H. Schäding, 62 J. S. M. C. geb. Wulfframm, Ehefrau des Arbeiters Ch. F. D. Faß gen. Röpcke, 90 J. K. A. E. Rahmstorf, 15 T. F. Ch. E. geb. Engelke, Witwe des Kaufmanns C. Hamann, 81 J. Ein totgeb. Knabe, V.: Postillon E. W. K. F. Koch. R. O. K. Iden, 11 T. J. H. W. Maas, 29. J. Hotelbesitzer H. Wulff, 76 J. (Timmendorferstrand). Arbeiter G. P. F. Lüchtemeier, 38 J. 27. K. H. Schröder, 16 T. A. E. geb. Faasch, Witwe des Steuermanns J. H. M. Rohde, 84 J. Schwester M. D. P. E. Schultze, 21 J. 28. W. Wiese, 9 M. Arbeiter E. J. J. H. W. Reddin, 71 J. Kaufmann L. G. Schalkhaeuser, 54 J. 30. G. G. A. E. Ott, 1 M. 31. Ein Mädchen, 2 T., V.: Milchhändler J. H. W. Lender. M. H. Hentschel, 4 J. A. W. M. A. H. Bollow, 1 M. D. J. C. geb. Homuth, Witwe des Arbeiters H. Otto, vorher verw. Völcker, 66 J. Direktor der Ziegelei-Berufsgenossenschaft W. Nizze, 51 J. Arbeiter J. C. Ch. Wenck, 77 J.

1. November. Zigarrenmacher H. J. W. Nehlsen, 19 J. E. E. Hansson, 24 J. J. Ch. H. A. geb. Klapproth, Witwe des Arbeiters E. F. Queißer, 72 J.

Aus der Jugendbewegung.

Der Terror gegen die Arbeiterjugend wird auch im Bayrischen Wald ganz nach preußischem Muster gehandhabt. Nur daß im weißblauen Bayern nicht die Junker und Amtsbureaukraten, sondern die Pfaffen die Treiber sind. Im letzten Winkel des Bayrischen Waldes liegt die Glasfabrik Regenhütte. Im Frühjahr gründeten die dortigen Glasarbeiter einen Arbeiterturnverein, der sich seit seinem Bestehen allgemeiner Beliebtheit erfreut. Aber wie an manchen anderen Orten, ist ihm in der Person des Pfarrers ein gefährlicher Gegner entstanden. Im vorigen Monat sollte nun, wie wir der „Arbeiter-Turnzeitung" entnehmen, ein Schauturnen stattfinden. Es wurde auf dem Turnplatz hierzu schon fleißig geübt. Die Zöglinge, lauter Fortbildungsschüler, waren die Eifrigsten. Der Pfarrer Maurer war aber noch eifriger. Er setzte sich einige Tage vor dem Feste aufs Stahlroß, um den Verein bei der Fabrikdirektion als sozialdemokratisch zu denunzieren. Er hatte aber damit wenig Glück, denn die Direktion reagierte nicht darauf. Mehr Glück hatte seine Hochwürden bei der Direktion der Zwieseler Fachschule, was zur Zeit der schwarzen Regierung des schönen Bayernlandes allerdings nicht wunder nimmt. Dem Wunsche des „Allmächtigen", das Turnen der Schüler beim Arbeiterturnverein Regenhütte zu verbieten, wurde sofort entsprochen und an die Eltern der betreffenden Schüler folgender Brief geschrieben:

Zwiesel, 20. September 1913.

Sehr geehrter Herr . . . .!

Wie mir soeben mitgeteilt wird, ist Ihr Sohn . . . . Zögling des Turnvereins Regenhütte. Da dieser Verein sozialdemokratisch ist, so kann ein Fachschüler demselben nicht angehören. Ich möchte Ihnen dies mitteilen, um Ihnen Unannehmlichkeiten zu ersparen, da ich sonst in jeder Hinsicht mit Ihrem Sohn zufrieden bin.

Mit bestem Gruß Hochachtend

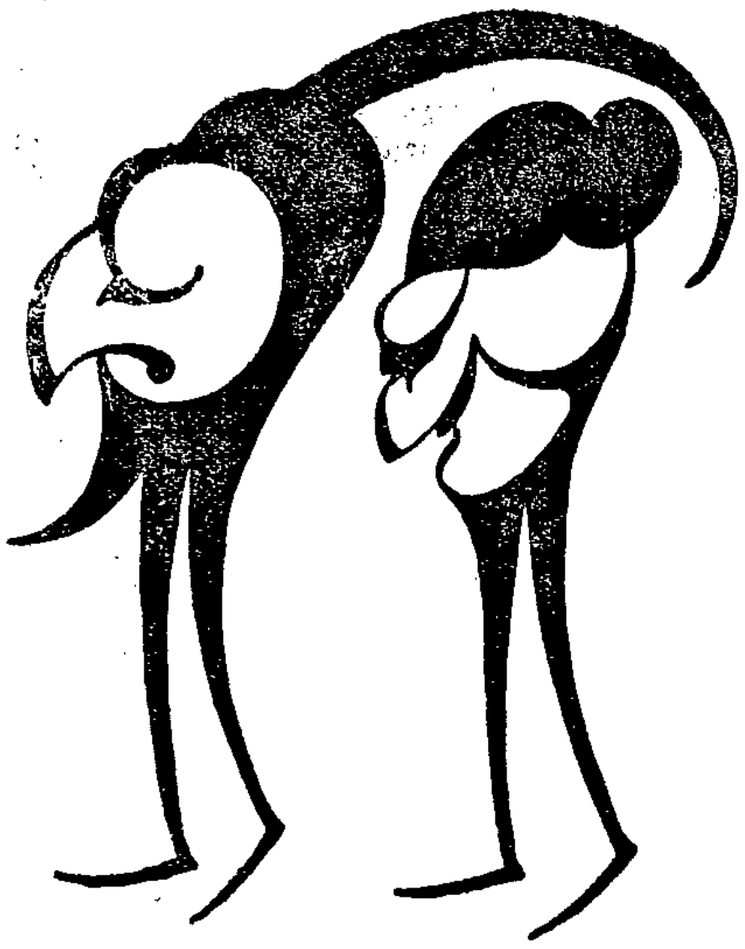
Direktion der Fachschule in Zwiesel.
(Folgt Unterschrift.)

Der Kampf gegen das Jugendturnen ist also jetzt auch in Bayern entbrannt, ganz nach preußischem Muster. Das Schauturnen in Regenhütte wurde natürlich vereitelt, da die Zöglinge so eingeschüchtert waren, daß sie vom Turnplatz fernblieben. Auch anderwärts ist es so geschehen. Wie lange noch wird sich das bayerische Volk von den Pfaffen regieren lassen?

Literarisches.

Von den **Lichtstrahlen**, Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter, herausgegeben von Julian Borchardt, ist soeben Nr. 3, das November-Heft, mit folgendem Inhalt erschienen: Die Geburteneinschränkung als revolutionäre Waffe. — Eisen gibt Gold. — Freiheit, die sie meinen. — Ueber vorsintflutliche Ausgrabungen. — Die Lichtstrahlen sind zum Preise von 10 Pfg. pro Heft bei allen Zeitschriftenhändlern, Parteibuchhandlungen und Kolporteuren, sowie beim Verlag Berlin-Lichterfelde 3, Hedwigstraße 3, zu haben.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



Einer erzählt es dem andern, daß wir in Kathreiners Malzkaffee ein wohlschmeckendes, billiges und gesundes Familiengetränk haben. So ist Kathreiners Malzkaffee in 25 Jahren zu einem Volksgetränk ersten Ranges geworden. Viele Millionen trinken ihn täglich.

8306

Freundl. möbl. Zimmer
für 1—2 junge Leute zu vermieten.
8300) Waisenhofstraße 35, II.

Alte Ofenkachel
billig zu verkaufen.
8303) Reiferstraße 18

Eine hochtrag. Sau, 2 Zugänger, 1 Blockwagen, Tragkr. 4—5 Zentner, **1 gr. Waschkessel u. 1 Gartenbank mit Tisch** ist fortzugshalber billig zu verkaufen. (8298) Elswigstraße 18.

Gefunden ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen abends nach 6 Uhr. (8301
Lund, 2. Ochsenkoppel 13, Burgtor.

Unübertroffen wäscht **Ragoda**
Einzig in seiner Art. D.R.G.M. 418136. Ueberall zu haben.
Schneeweiße Wäsche, Ohne Chlor, Unschädlich.

gegen Gutscheine v. 5 Pfd. 3 neusilb. Teelöffel usw., 10 P. d. 1 Paar Ia. Solinger Messer u. Gabel od. 3 neusilb. Eßlöffel usw. (222
Schumann & Wille, Wittenberge.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (184

Im
Pelz-Haus
Friedrich
Zimmermann
Beckergrube 50
größte Auswahl in
Pelz-
Kragen, Krawatten, Schals, einfachen u. Fantasie-Muffen, Jacken, Mäntel, Herren-Geh- und Reise-Pelzen, Hüten, Baretts, Kinder-Garnituren, Fellvorlagen, Fellteppiche, Wagendecken.
Reparaturen etc. schnell und billig.
Kein Ausverkauf nach der Saison.
8000)
Sehr billige Detailpreise.
Zwanglose Besichtigung höfl. erbeten

Koche mit Knorr

Beachten Sie bei Verwendung der Knorr-Suppenwürfel den hochfeinen, natürlichen Geschmack jeder Sorte und die große Ausgiebigkeit! 46 Sorten, wie Hausmacher, Eierspätzle, Pariser rc. 1 Würfel 5 Teller 10 Pfennig.

Ebenso anerkannt sind
Knorr-Hafermehl, Haferflocken,
8304 „ Kräutermehl, Grünkernmehl.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (185

Kränze
Buketts u. Girlanden
6055) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und **Dornestraße 16 a, Holstentor.**
Fernsprecher 1113.

Verband d. Maler!

General-Versammlung
am Mittwoch, d. 5. November
abends 8½ Uhr
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Verschiedenes.
8299) **Der Vorstand.**

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Ortsverwaltung Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 5. November
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Mitteilung des Vorstandes.
3. Abrechnung vom 3. Quartal.
4. Abrechnung vom Sommerfest.
5. Kartellbericht.
6. Verschiedenes.
8302) **Der Vorstand.**

Gasthof Kl.-Mühlen
Sonntag, dem 9. November:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlichst ein
8307) **O. Evers.**

„CINES"
Hansa-Theater.
Größtes, schönstes und bestventiliertes
Lichtspieltheater
von Lübeck.
Erstklass. Filmschlager!
Sitzplätze
von 25 bis 95 ₰
Vorst. tägl. ununterbrochen von 8 bis 11 Uhr.
Vorverkauf bei (8189
Rudolph Karstadt, Breite Str.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 4. November 1913.
43. V. i. Voll-Ab. 8. V. i. Dienstag-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 11 Uhr.
Gastspiel Aenny Hindermann:
Der Barbier von Sevilla.
von Rossini.
8305) Vorher:
Cavalleria rusticana
von Mascagni.
Große Preise.
Mittwoch, den 5. November 1913.
Anfang 8¼ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Sondervorstellung.
Außer Abonnement.
Korallenkettlin.
Drama von F. Dülberg.
Einheitspreise:
Loge bis einschl. Sperrsitz 2.— Mk.
1. und 2. Parkett . . . 1.— Mk.
Sitzpart., 2. u. 3. Rang —.50 Mk.
Donnerstag, den 6. November 1913.
44. V. i. Voll-Ab. 8. V. i. Donnerst.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Hamlet
von Shakespeare.
Mittelpreise.

Meierei Schwartau
Inh.: **Ph. Eitel** — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (368

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)
bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**
1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
367
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. ✻ Billigste Preise.

Man abonniert jederzeit auf das
schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter
München ✻ Zeitschrift für Humor und Kunst ✻ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47
Kein Besucher der Stadt München
sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Hesses Volksbücherei
Jede Nummer brosch. 20 Pfennig.
Bis jetzt erschienen über 700 Nummern.
Hesses Volksbücherei enthält in gediegenster Ausstattung eine ganze Reihe von Perlen der Erzählungskunst. Neben wertvollen Beiträgen von älteren, bewährten Dichtern sind reichlich Schöpfungen anerkannter, erster Schriftsteller der Gegenwart aufgenommen, so von:
Anzengruber — V. Blüthgen — Helene Böhlau
Otto Ernst — Max Eyth — Gustav Falke
Ric. Huch — Wilh. Jensen — Max Kretzer
Detlev v. Liliencron — Ch. Niese — A. v. Perfall
W. Raabe — Peter Rosegger — Frida Schanz
Aug. Trinius — Clara Viebig — Ernst Wichert
Arthur Zapp u. v. a.
Handliches Format, große deutliche Schrift und holzfreies Papier.
Die meisten Nummern sind auch in hübschen Einbänden zu haben.
Vollständige Kataloge stehen kostenlos zur Verfügung.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 259. Dienstag, den 4. November 1913. 20. Jahrg.

Lebensmittelzölle und christliche Gewerkschaften.

In dem Aufruf des Ausschusses der sogenannten christlich-nationalen Arbeiter zur Veranstaltung eines dritten „Deutschen Arbeiterkongresses“ werden u. a. auch im Hinweis auf die „anhaltende Steigerung der Lebensmittelpreise“ recht große Worte gemacht. Es heißt da: „Damit erwächst für die breiten Massen der Bevölkerung die Gefahr, in ihrem Kulturzustand zurückgedrängt zu werden. Das kann und darf nicht sein. Es müssen Erleichterungen geschaffen und weitere Erschwerungen unter allen Umständen verhindert werden, soll nicht mit den Konsumenten unsere einheimische Volkswirtschaft in Bedrängnis geraten“. Naive Menschenkinder mußten aus solchen Worten herauslesen, es bestehe die Absicht, durch den Kongreß eine Kundgebung gegen den agrarischen Zollwucher beschließen zu lassen. Die sozialdemokratische und die freigewerkschaftliche Arbeiterpresse verwies indessen sogleich auf die bisherige Haltung der Hauptmacher dieses Kongresses in den Fragen des Zollwuchers; sie betonte, daß von Leuten und Körperschaften mit solcher Vergangenheit schlechterdings nichts Gutes zu erwarten sei. Zum Ueberfluß ist das nun auch durch den Mund eines der Hauptmacher der „Christlich-Nationalen“ ausdrücklich bestätigt worden. Der Vorsitzende des den Kongreß vorbereitenden Ausschusses, Franz Behrens, hielt nämlich auf der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des christlichen Gärtnerverbandes einen Vortrag über das Thema: „Arbeitnehmer und gärtnerische Schutzzollfrage“, und er ließ hierzu eine Resolution beschließen, in der es u. a. heißt:

„Die zweite Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes schließt sich der Forderung der gärtnerischen Arbeitgeber auf besseren und ausreichenden Schutz der gärtnerischen Erzeugnisse gegen die ausländische Konkurrenz bei dem neuen Abschluß der Handelsverträge an.“

Hier also das ganz offene Bekenntnis nicht bloß gegen „Erleichterungen“, sondern sogar für „weitere Erschwerungen“, die, nach dem Kongreßaufruf „unter allen Umständen verhindert werden müssen“. Allerdings: von den befürworteten Gärtnereizöllen wird die Arbeiterschaft ja nicht betroffen. So behauptet wenigstens Herr Franz Behrens, und so hat er diese seine Resolution begründen lassen, denn sie fährt fort:

„(schließt sich der Forderung der gärtnerischen Arbeitgeber . . . an), um so mehr, als es sich im wesentlichen um Erzeugnisse handelt, die entweder von den minderbemittelten Volkskreisen nicht verbraucht werden, oder die von der deutschen Gärtnerei in ausreichender Masse ohne dauernde Verteuerung erzeugt werden können“.

Für den christlichen Gärtnerverband handelt es sich in dieser schutzzollbefürwortenden Resolution in erster und letzter Linie darum, dafür das Lob und das Wohlwollen der Unternehmer einzuernten, was um so notwendiger ist, als die Unternehmer in den letzten Jahren dem christlichen Verbande wiederholt bedeutet haben, daß es ihnen, den Arbeitgebern, ganz gleichgültig sei, „ob rot oder christlich-national“, wenn in Lohnfragen und dergleichen beide doch „auf eins hinauswollen“. Die Behauptung aber, es handele sich bei den Gärtnereizöllen“ im wesentlichen um Erzeugnisse, die von den minderbemittelten Volkskreisen nicht verbraucht werden“, ist so wahrheitswidrig, daß sie einer besonderen Widerlegung gar nicht erst benötigt. Man braucht bloß darauf hinzuweisen, daß das Zollprogramm der Gärtnereiunternehmer hohe Zölle für frisches Obst und frisches Gemüse fast aller Art fordert! Wenn man etwa die Blumen nicht zu den Erzeugnissen rechnet, die von den minderbemittelten Volkskreisen verbraucht werden, so mag das einen Schein für sich haben. Warum aber, so muß man fragen, sollen sich nicht auch Arbeiter den „Luxus“ erlauben, sich gelegentlich Blumen zu kaufen, bei Familienfesten sich damit zu beschenken, den Sarg und das Grab lieber Verstorbener damit zu schmücken? Das gehört zwar nicht mehr zum unmittelbaren materiellen Lebensunterhalt. Soll die Kultur der unteren, der minderbemittelten Volksschichten sich denn aber in dem rein Materiellen erschöpfen? So bescheiden mögen die angeblich christlich-nationalen Arbeiter sein, die freigewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeiter sind es jedenfalls nicht.

Schließlich die mehr als naive Behauptung, es handele sich im wesentlichen um Erzeugnisse, die von der deutschen Gärtnerei in ausreichendem Maße ohne dauernde Verteuerung erzeugt werden können. Um mit ihren Zollforderungen leichter durchdringen zu können, behaupten dieses die Gärtnereiunternhemer allerdings auch, aber sie glauben doch daran nicht. Denn wozu eigentlich den Zoll, wenn er keine dauernde Verteuerung der Erzeugnisse bringt?

Aus der Haltung des den christlich-nationalen Kongreß mit vorbereitendem Ausschußvorsitzenden Franz Behrens auf dem Verbandstage der christlichen Gärtner kann man schon einen ziemlich sicheren Schluß ziehen, wie das „mannhafte Wort“ des Kongresses lauten wird, daß dieser hinsichtlich des Zollwuchers aussprechen dürfte.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 3. November.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Min. — Der 10. Antrag: Gewährung eines Darlehens vom 80 000 Mk. an den Verein zur Fürsorge für Geistesschwache wird auf Wunsch des Ärztlichen Vereins, der vorher dazu Stellung nehmen will, bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt. — Der Wortführer bittet die Bürgerschaftsmitglieder, pünktlicher zu den Sitzungen zu erscheinen. — Um die Initiativanträge bei der großen Zahl der Senatsanträge nicht zu lange hinausschieben, setzte der Wortführer eine weitere Bürgerschaftssitzung selbständig fest. Diese ist bereits durch die Zeitungen bekanntgemacht.

Der Senat ist dem neuen Einkommensteuergesetz beigetreten. Zinsen für vorausbezahlte Steuern zu gewähren, behält sich der Senat vor.

1. Antrag: Bauliche Arbeiten an der Puppenbrücke.

Wandtke (Referent der Kommission) gibt einen Überblick der Kommissionsberatungen. An der Konstruktion der Brücke sei absolut nichts Neues versucht worden, doch sei der Baugrund wenig günstig, so daß die Versenkung ständig fortschreite. Die Sachverständigen stellten teilweise ganz neue Vorschläge in den Vordergrund, teilweise schlossen sie sich an diejenigen des Bauamts an. Über die einzelnen Vorschläge läßt sich Redner eingehend aus und führt ferner an, daß diejenigen der Sachverständigen über das vom Bauamt Geforderte hinausgehen. Die Kommission habe auch die Frage erwogen, die Arbeiten nicht der Baudeputation, sondern einer Spezialfirma zu übertragen.

Möller erinnert an seine früheren Ausführungen, nach denen das Verschulden in dem Lehmboden, der zur Hinterfüllung genommen wurde, zu suchen ist. Man hätte Sandboden nehmen sollen. Mit dem Standpunkt der Kommission, die Arbeiten einem auswärtigen Unternehmer zu übertragen, kann sich Redner nicht einverstanden erklären. Das könne die Baudeputation ebenfalls ausführen. Allerdings müsse sie dann die ortsüblichen Löhne bezahlen, es dürfe nicht so gemacht werden wie bei der provisorischen Brücke. Er sei gerne bereit, der Baudeputation Auskunft zu geben. Redner stellt den Antrag, daß bei Ausführung der Puppenbrücke dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten sind, wie sie auf der Grundlage tariflicher Vereinbarung zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen für Lübeck abgeschlossen worden sind. Redner hält es für selbstverständlich, daß der Staat dieselbe Verpflichtung übernimmt, wie sie private Unternehmer auf Grund der Zentraltarife einhalten.

Böbs hätte gerne gesehen, wenn heute abend die Zeichnungen ausgestellt gewesen wären. Die Kommission habe nicht feststellen können, daß einem Beamten ein Verschulden treffe. Bei den Sachverständigen hätte man sich auf Autoritäten im Brückenbau berufen sollen, denn solche müssen es schon sein, wenn sie dem Oberbaudirektor Rehder standhalten wollen. Um die Beamten zu entlasten wäre es von Vorteil, nach Abtragung der Hinterfüllung des stadtseitigen Widerlagers alles genau in Augenschein zu nehmen, damit man die Vorwürfe, diese Hinterfüllung sei bei Frost nicht ordnungsmäßig geschehen, eventuell zurückweisen könne. Der ausgelegte Arbeitsplan sehe nichts vor für Unvorhergesehenes und sei deshalb lückenhaft. Der Entschluß der Kommission, die Arbeit der Baudeputation mangels geeigneter Personen einer fremden Firma zu übertragen, sei einstimmig erfolgt. Ein großer Fehler sei beim Bau der Brücke dadurch gemacht worden, daß die beiden Fundamente gleich stark gemacht wurden. Ebenso sei die Überhöhung zu klein gewesen. Diese hätte hier nur 6 Zentimeter betragen, während sie anderorts 20–23 Zentimeter betrug. Diese großen Fehler hätten die Kommission bewogen, die Arbeit nicht den hiesigen Beamten zu übertragen.

Oberbaudirektor Dr. Rehder wendet sich gegen den Vorredner. U. a. behauptet Rehder, daß bei der Konstruktion auf den Erddruck keine Rücksicht genommen worden sei. Was dahinter gefüllt sei wäre ganz gleichgültig, die Widerlager mußten auf dem Pfahlrost vollständig auf sich ruhen und bleiben. So sei die Rechnung aufgestellt und durchgeführt. Besser seien die andern Vorschläge keineswegs, wohl aber teurer, sie erforderten bis zu 50 000 Mark mehr. Die weiteren Ausführungen des Oberbaudirektors behandeln Erdschichten, in denen der Pfahlrost errichtet ist, Triebsand, blauer Ton, Diluvialschicht, Geschiebemergel, die im allgemeinen einen guten Baugrund abgeben. Die Überhöhung sei bei einer Berliner Brücke auch nicht stärker gewesen als hier. Hätte man sie bei der Puppenbrücke etwa zehn Zentimeter stark ausgeführt, wäre die jetzige Reparatur nicht verhindert, höchstens auf einige Jahre hinausgeschoben worden. Jedenfalls werde die Freilegung des Widerlagers die Befürchtungen des Herrn Böbs nicht bestätigen. Die Vorschläge des Bauamts seien reiflich geprüft, sie würden auch bedeutend billiger durchzuführen sein. Die Arbeiten ließen sich von vornherein nicht völlig übersehen, es könnten Unterbrechungen usw. eintreten, für die der Unternehmer schwerlich Garantie übernehmen könne. Man könne ihm bei Mißgriffen nicht immer die Schuld nachweisen. Viel sorgfältiger arbeite ein leitender Staatsbeamter, der nebenbei seine Ehre für die gute Ausführung einsetze.

Wandtke: Es hätte der Kommission gesagt werden müssen, daß die theoretischen Ausführungen des Sachverständigen-Gutachtens von falschen Voraussetzungen ausgeht, dann wäre man vielleicht zu anderen Entschlüssen gekommen. Selbst das Bauamt hatte nichts dagegen eingewandt. Red-

Moderne Sklavinnen.

Ein Theaterroman von Ludwig Bendler.

(5. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wie geschah's, daß es um ihren guten Ruf, ein Begriff, über den man doch trotz aller umwälzenden Bestrebungen noch nicht hinwegkommen kann, der in den Prinzipien eines sittlich an sich weiter arbeitenden Kulturvolkes immer noch helleuchtend besteht, so bedenklich schlecht bestellt war? Derart schlecht bestellt, daß böse Mäuler ungestraft behaupten durften, eine weibliche Tugend beim Theater sei Chimäre, sei ein Trugbild, an das höchstens einige vom Moralitätsdusel befangene Zionswächter landläufiger Sittlichkeit hier und da noch zu glauben vermögen? Wie geschah's? An wem lag die Schuld? An ihnen allein? — —

Der Assessor war von dem Amüsement, das der gestrige Abend ihm gespendet, noch ganz außer'm Häuschen. Er hatte nämlich das Glück gehabt, beim Souper die Nachbarschaft des Fräulein Koch, der ersten Altistin des Stadttheaters, zu genießen und sich über alle Maßen „kostbar“ mit dieser zu unterhalten. Kein Wunder auch!

Fräulein Koch stand in dem Renommee, durchaus freien Sitten zu huldigen. Sie lebte, wie es ihr gefiel und fragte nicht danach, ob jemand Anstoß daran nahm, ob die Leute, die da an ihr auf der Straße vorübergingen, sie respektvoll grüßten oder ob sie, hinter ihr tuschelnd, bedeutungsvoll die Köpfe zusammensteckten. Ihr war, wie sie sich auszudrücken pflegte, alles das „Wurscht“ und, wenn ihr jemand vorgerechnet haben würde, daß sie in dieser Spielzeit bereits die fünfte Liaison unterhalte, so hätte sie sicherlich keck erwidert: „Erst fünf? In vergangener Saison waren es netto ein Dutzend.“

Daß man mit solch einer Tischnachbarin hin und herschwatzend, im Amüsement wohl seine Rechnung finden kann, leuchtete jedem ohne weiteres ein, und der Wunsch des Referendars Willig, wie auch des Leutnants von Bredow-Speckstein, auch mal solch ein „Theaterweib“, die nach Heberleins fachmännischem Urteil ohne Ausnahme sämtlich nach einem Maß gemessen sein wollten, neben sich zu haben und „abknutschen“ zu können, machte sich in unverhohlenen Worten Luft. Aber nun gar der Gedanke an noch intimere Beziehungen —!

„Muß ja schneidig sein, so eine, eben abjeschminkt, zum jemütlichen Souper in ihre Wohnung bejleiten zu dürfen,“ schwärmte der Leutnant, „sicherlich ein Hochjenuß erster Jüte, Donnerwetter! Sind aber wohl alle besetzt diese — diese Frauensleute, he Kapellmeister? Is ja 'ne zu kleine Anzahl vorhanden für die zweifellos große Nachfrage nach — nach —“

„So einem Jegenstand keuscher Verehrung, wollen Sie sagen,“ half freundschaftlich der Assessor dem etwas langsam funktionierenden Geiste des Leutnants nach. „Hehe!“

„Allerdings, was unser Personal betrifft, da wird wohl kaum 'ne Vakanz irgendwo sein, aber na — das Bild verschiebt sich bald mal. Müssen eben aufpassen, Herr Leutnant, immer mit kleinen Aufmerksamkeiten bei der Hand sein.“

„So so — mit Aufmerksamkeiten?“ Das Gesicht des Leutnants verlängerte sich zusehends um annähernd fünf Zentimeter.

„Dann macht sich's schon mal — Für hübsche Geschenke wird man jederzeit die erforderliche Schwäche antreffen.“

Dem Leutnant bangte um sein schwindsüchtiges Portemonnaie.

„So so — für Geschenke?“ Das hatte er nicht gedacht; auch die noch obendrein, neben dem Glanz Uniform? Hm hm!

Wer sich nicht beteiligt hatte an dem bösen Leumund zuungunsten seiner Kolleginnen, war der Kapellmeister Walther, der, in einem Berg von Zeitungen vergraben, eifrig den Kunstnotizen der maßgebenden Städte, Berlin, Wien, München, Dresden u. a. m. nachspürte. Hier war eine neue Symphonie von Reger mit grandiosem Erfolg zur Erstaufführung gelangt, dort hatte der italienische Tenor Bendetti, dem ein außerordentlicher Ruf vorausgegangen, glänzend Fiasko gemacht, an drittem Orte wieder wäre die Tänzerin Canola, als „Helene“ in der Kirchhofsszene von „Robert der Teufel“, durch Kurzschluß beinahe ein Opfer der elektrischen Flammen geworden.

Das alles waren Ereignisse, interessanter jedenfalls und für den Theatermann zu wissen wichtiger, als elender Klatsch der Männer, der geeignet war, das Ansehen von Frauen, die sich nicht verantworten konnten und deren Ruf eo ipso auf nicht allzu starken Füßen stand, noch mehr herabzusetzen.

Zu Walther hatte sich, nachdem der vorbildliche Redner, Charakterspieler Wernicke, zu einer Partie Billard in den Nebensaal verschwunden war, Herr Stolzenberg gesellt und auf einem Sessel neben dem Kapellmeister Platz genommen.

Noch waren diese beiden Männer, deren Wirkungskreise, das Geschäftsleben mit seiner nüchternen Wirklichkeit gegenüber der Welt des Scheines, sie weit getrennt von einander hielten, wenig in Berührung gekommen, dennoch bestand eine gewisse Sympathien zwischen ihnen, die sich immer dann äußerlich zeigte, wenn gesellschaftliche Arrangements vermittelnden Anlaß boten. Ueber höfliche Vorläufigkeiten war es freilich bisher nicht hinaus gekommen. Erst gelegentlich des heutigen Frühschoppens schien eine gemeinschaftliche Saite, der Erwähnung wert, in beiden anzuklingen.

„Wenn der Herr Pfannenschmidt mir die Versicherung gab, ich werde hier im „Pelikan“ mehr als mir lieb ist, de theatralibus zu hören bekommen, dem nicht Boshaften müsse die Galle aufsteigen, so sprach er lautere Wahrheit,“ begann Stolzenberg. „Dieser Fall Bergmann z. B. — haarsträubend! In solchen Verhältnissen zu leben, wäre mir eine Qual, vor allen Dingen aber würde es mich empören, mit ansehen zu müssen, wie das schwächere Geschlecht unter dem Druck, den das natürliche Uebergewicht des Mannes hier schonungslos ausübt, zu leiden hat.“

Zustimmend nickte Walther, zeigte aber dabei eine immerhin gleichgültige Miene, so, daß man aus derselben weder auf Qual noch auf Empörung schließen konnte.

„Allerdings, freilich, es sind keine sehr ergötzlichen Zustände, die unter uns walten, allein, sie sind mal vorhanden — wer will daran rütteln?“

„In erster Linie doch wohl jeder, der einen Einfluß, der was zu sagen hat, unter andern doch auch Sie, die Kapellmeister, Regisseure, mit einem Wort, die Vorstände.“

„Bitte, die sind nirgends so im — Rückstand, als beim Theater. Einen Einfluß hat da keiner, etwas zu sagen nur der Direktor. Na, und wie der, bei uns wenigstens, über Ethik denkt —!“

„Und gerade er doch sollte vorbildlich wirken.“

„Hm, sollte —“

„Von oben herab müßte auf anständigen Ton gehalten, gerade an leitender Stelle müßte er besonders und doppelt streng gewahrt werden.“

„Hm, müßte —,“ äußerte, zunächst ohne große Teilnahme, so, wie man eine für sich selbst abgetane Angelegenheit behandelt, Walther. „Die Zeiten eines Friedrich Ludwig Schröder waren einmal. Ja, ließe man es sich bei Besetzung von Theater-Direktionsposten, gleichviel ob fürstlicher- oder städtischerseits, angelegen sein, immer nur Charaktere seines Schlages zu wählen —!“

„Ich hörte den Namen Friedrich Ludwig Schröder nur als den eines Schauspielers von Bedeutung nennen.“

„Noch unbedeutender war er als Mensch, als Mann. Unantastbar im eigenen Familienleben und in seiner Sittenreinheit, beanspruchte er das Gleiche auch von seinen Mitgliedern und — was hat er gerade damit nicht zur Hebung des Schauspielerstandes seiner Zeit beigetragen. Solche Auserwählten einzig und allein gehören auf den schweren, verantwortungsreichen Posten eines Theater-Oberhaupts. Dafür sind die Besten grade gut genug. Zwar rühmen alle noch heute diesen Friedrich Ludwig Schröder und sind stolz, ihn als einstigen Berufsgenossen zu nennen. Nach seinem Beispiel aber leben, handeln, — wann wäre da mal einer, der's täte? Sie, werter Freund, wandelten bisher in idealer Anschauung der Sache dahin, ohne vom wirklichen Treiben und Trachten in unserem nach außen hin blendenden Berufsleben ein rechtes Bild zu haben. Daher Ihre Verwunderung heute! Schauen Sie nur erst noch tiefer hinein!“

ner nimmt den von der Kommission abgelehnten Antrag, die Arbeiten einer Spezialfirma zu übertragen, wieder auf.

Cuwie hat sich der Kommissionsauffassung zuerst angeschlossen, die Arbeiten einer Spezialfirma zu übertragen, glaubt jetzt aber, man sollte es der Baudeputation überlassen, den geeigneten Weg einzuschlagen. Wir hätten auch die Geräte und Maschinen dazu.

Senator Dr. Stooß wendet sich gegen den Antrag Wandtke, dem alle Garantie- usw. Bestimmungen für eine fremde Firma mangelten. Wen die Schuld an dem jetzigen Zustand treffe, stehe noch garnicht fest, deshalb sollte man das Vertrauen nicht von den Beamten wenden.

Böbs: Herr Cuwie war in der Kommission der Erste, der das aussprach was die anderen Mitglieder dachten, und jetzt wimmelt er das Ganze von sich ab. Mißlingt nun die Geschichte, wer übernimmt dann die Verantwortung im Bauamt? Von Verfehlungen der Konstruktion habe ich nicht gesprochen, sondern von verfehlten Fundamentierungen.

Aug. Pape: Man hätte hier auch den Technischen Verein hören sollen. Hier uns wissenschaftlich zu unterhalten, hat keinen Wert, wir haben hier praktische Politik zu leisten und die besteht im Bewilligen der Mittel. Jedenfalls ist hier beim Brückenbau gesündigt worden; wer gesündigt hat, wird sich erst später herausstellen. Die einzige Möglichkeit gut zu fahren ist, die Arbeit vom Bauamt machen zu lassen, die Beamten werden sich wohl etwas vorsehen.

Oberbaudirektor Dr. Rehder weist auf den ungleichmäßigen Boden hin, der keine Schlüsse ziehen lasse, daß das Rammen überall gleich gut geschehen könnte. Der Beamte könne sich auch mal irren, aber ein Verschulden treffe ihn nicht.

v. Schack bestätigt, daß Cuwie in der Kommission keine Einwendungen gegen die Übertragung an eine fremde Firma gemacht habe. Die Wölbung sei eine riskante Arbeit, wir hätten hier wieder das Vergnügen, Lehrgeld zu bezahlen. Sicher seien wir noch nicht, ob die Durchführung auch einschlage. Bei einer Ausgabe von 160 000 Mk. dürfe man hierüber schon sprechen. Allgemein sei die Ansicht vertreten, daß die stadtseitige Fundamentierung nicht stark genug gewesen sei. Auch die schwere Brüstung habe man vielleicht nicht genügend berücksichtigt.

Oberbaudirektor Dr. Rehder glaubt, wenn die Auffassung der Sachverständigen richtig wäre, fände die Brücke gar nicht mehr. Die schwere Brüstungsmauer könne nicht mit Schuld tragen, sonst müßte die Senkung doch auf beiden Seiten erfolgt sein. Eine größere Belastung sei wohl eingetreten, aber auch vorher berücksichtigt worden.

Aug. Pape bedauert, daß Oberbaudirektor Dr. Rehders Meinung beim Einrammen der Pfähle anscheinend nicht maßgebend gewesen ist. Er sei der Meinung gewesen, daß die Brücke unter dessen Leitung gebaut sei.

Der Antrag Wandtke wird abgelehnt, die Senatsvorlage mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Der Wortführer hält den Böbsschen Antrag, eine Prüfung nach Freilegung des Fundaments vorzunehmen, in dieser Fassung für unmöglich. Er schlägt vor, die Baudeputation anzuweisen, der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, vor Fortsetzung der Arbeiten nach Freilegung Mitteilung zu machen.

Der Antrag wird so angenommen.

Möller ersucht wiederholt, seinen Antrag auf Zahlung der tariflichen Löhne anzunehmen.

Heinsohn unterstützt ihn bedingt.

Vom Senatstisch wird gegen die Fassung Einspruch erhoben.

G. Ehlers: Die Bürgerschaft kann gar nicht anders handeln als den Antrag annehmen. Die Arbeitgeber haben auch ein Interesse daran, daß der Staat dieselben Löhne zahlt. Daß Arbeiter damit geschädigt werden könnten, trifft nicht zu, es können doch nicht alle städtischen Arbeiter bei den Reparaturarbeiten beschäftigt werden, weil sie anderweit gebraucht werden. Senator Dr. Stooß meint, es sollten nur an die gelernten Arbeiter die tariflichen Löhne bezahlt werden. Nein, wir wollen alle Arbeiter eingeschlossen wissen, auch die ungelernten, für die anderwärts ebenfalls Tarife bestehen. Sie alle müssen beim Bau der Puppenbrücke so bezahlt werden, wie wenn sie beim Unternehmer beschäftigt wären.

Die Senatsantwort ist am Pressetisch unverständlich.

G. Ehlers: Wir wollen uns richtig verstehen. Der Senat braucht doch nicht alte Leute anzustellen, die er bei anderen Arbeiten haben muß. Von den bei der Baudeputation vertraglich Angestellten ist nicht die Rede. Es soll aber verhindert werden, daß man die Arbeitslosen ausschaltet und Leute von der Baudeputation verwendet, die ein paar Pfennige billiger sind.

Senator Dr. Stooß hält daran fest, daß es der Baudeputation überlassen bleiben müsse geeignete Arbeitskräfte zu verwenden und auszuwählen.

Heinsohn hält an seiner Auffassung fest. Wenn die Behörde gezwungen werden sollte, wäre es für manche Arbeiter von Schaden. Es würden doch nicht lauter erstklassige Arbeiter am Bau gebraucht.

Wandtke verweist auf das Bestreben der Reichsbehörden, Tarifabschlüsse zu begünstigen, um Lohnstreitigkeiten und schwere Schädigungen im Wirtschaftsleben zu vermeiden. Er empfiehlt den Antrag Möller.

Lüth bekennt sich als Freund von Tarifverträgen, aber als Gegner des Antrags.

G. Ehlers: Ich will der Baudeputation keine Beschränkungen auferlegen, aber verhütet wissen, daß die Arbeiter darauf verwiesen werden, die Stadt zahle nur so und so viel.

Der Wortführer verkennt die Tendenz des Antrags Möller nicht, hält ihn jedoch in dieser Fassung für unannehmbar.

Möller besteht auf seinem Antrag, der hierauf abgelehnt wird.

Reimpell stellt den Antrag, bei den Ausführungen der baulichen Arbeiten an der Puppenbrücke die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die neu einzustellenden Arbeiter nach den tariflichen Grundlagen zu gestalten.

Der Antrag wird angenommen.

2. Antrag: Schaffung einer Assistentenstelle bei der Behörde für Travemünde, wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Erweiterung des Rangierbahnhofes für die Uferbahn bei Dänischburg.

Mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Weitergeltung des lübeckischen Wertzuwachssteuergesetzes.

Der Bürgerausschuß hat sich für Weitergeltung des Gesetzes bis März 1915 und zugleich für eine Revision ausgesprochen.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Revision des Grundsteuergesetzes.

Dr. Schlomer ersucht um eine Abänderung des Absatzes I, der in der vorgeschlagenen Fassung gerade wohlhabenden Kreisen zugute kommt. Die Fassung wurde damit begründet, daß die Schätzung der Schätzungskommission Schwierigkeiten mache. Ob es sich um eine Kutscher- oder Wärterwohnung handle, die zum Industriegrundstück gezählt werden solle, könne doch nicht entscheidend sein. Die Ersetzung des Wortes „ausschließlich" durch „hauptsächlich" führe dahin, daß auch die Privatwohnung des Besitzers zur Fabrikanlage gerechnet werden könne. Wer eine eigene Villa baue, der brauche nicht in den Genuß der ermäßigten Grundsteuer zu gelangen. Zudem brauche man die Arbeiter-Koloniegründungen auf Fabrikgrundstücken nicht zu begünstigen. Schlechte Erfahrungen mit solchen hätten wir gerade auf dem Hochofenwerk genug gemacht. Redner bittet, die alte Fassung wieder herzustellen.

Senator Dr. Vermehren wünscht die neue Fassung beizubehalten.

Schetelig hält eine Schützung der Industrie für selbstverständlich, vermißt aber das Entgegenkommen den Gärtnern gegenüber. Weil eine richtige Fassung für die Gärtner nicht gefunden werden konnte, habe man alles beim alten gelassen. Die Gärtnerei müßte ebenso wie die Industrie geschützt werden, da sie ebenfalls ins Ausland liefere und Geld dadurch ins Land ziehe. Die Einfuhr gärtnerischer Produkte werde durch Reichszölle erschwert. Die größeren Betriebe hätten durch wachsende Arbeitslöhne und Versicherungsbeiträge höhere Lasten zu tragen. Im allgemeinen seien die kleinen gärtnerischen Betriebe rentabler wie die großen. Hier herrsche dasselbe Verhältnis wie in der Landwirtschaft. Da ergebe sich ebenfalls, daß die kleineren Bauernbetriebe mehr abwerfen als die großen Güter. (Henck: Hört, hört!) Redner verweist ferner auf die bedeutend höhere Grundsteuer und die Pachtverhältnisse, durch welche die Gärtnereibetriebe schwer belastet wurden, fordert eine Gleichstellung der selbständig bewirtschafteten landwirtschaftlich und gärtnerisch geleiteten Betriebe (1,75 Mk. Grundsteuer) und Kommissionsberatung.

Senator Dr. Vermehren: Ein Vorteil sollte nur jenen kleinen Betrieben verschafft werden, die ihren ausschließlichen und notwendigen Lebensunterhalt aus dem Lande ziehen, das sie bebauen. Die Wünsche des Herrn Schetelig wären ein Unrecht gegen weitere Kreise.

Tegtmeyer (Moisling) fordert für die Kunstgärtner dieselben Sätze wie für die Krautgärtner. Richtiger wäre, gleich heute zu sagen, beide Teile müssen statt 3,50 Mk. von nun an 1,75 Mk. Grundsteuer bezahlen.

Henk (Bültwisch) tritt für den Scheteligschen Antrag ein. Die hohen Landpachten wirkten auch ungünstig.

Dr. E. Meyer geht die Tendenz des Antrags Scheteligzu weit. Es sei schwer, den Begriff Krautgärtner fest abzugrenzen. Man sollte den § 3 an eine Kommission verweisen, aber die vorgezeichneten Summen streichen.

Schulmerich: Die Gärtner würden nicht mit einer Ermäßigung kommen, wenn sie nicht der Industrie zugestanden wäre. Warum stehen denn die Gewerbetreibenden nicht auf, die haben doch dieselben Wünsche. Wollen wir uns über die Grundsteuerermäßigung unterhalten, dürfen wir doch nicht einen Paragraphen herausnehmen, dann ist die Prüfung einer Revision des ganzen Gesetzes nötig.

Dr. Schlomer pflichtet dem Vorredner bei. Er glaubt nicht, daß den größeren Kunstgärtnereien eine besondere Ermäßigung gewährt werden müsse. Wenn der Senat der Meinung sei, daß die Privatvillen und Arbeiterhäuser meistens auf anderem Boden stehen, dann brauche er doch diese Gesetzesänderung nicht einzuführen. Redner ersucht nochmals um Ablehnung der Senatsabänderung.

Senator Dr. Vermehren: Es können auch noch andere Fälle vorkommen, z. B. ein Gelände, das zur Vergrößerung des Betriebes später herangezogen wird. Nur der Vereinfachung wegen hat die Steuerbehörde die Aenderung beantragt, nicht etwa, um der Industrie weitere Vergünstigungen zu gewähren. Gegenüber Schetelig wendet Redner ein, daß z. B. ein Bauunternehmer sein unbebautes Grundstück länger liegen lassen müsse, ohne einen Ertrag davon zu haben und doch müsse er die höhere Steuer bezahlen.

Schetelig behauptet, daß Dr. Schlomer und Schulmerich die Gärtnerei völlig verkennen. Der Gärtner habe erst dann von der Bodensteigerung einen Vorteil, wenn er sein Grundstück verkaufe. Die Preise für die Gärtnereiprodukte seien heute noch dieselben, wie vor 10 und 20 Jahren, Kartoffeln seien gar nicht loszukriegen. Der Zwischenhandel verteuere die Ware.

Heinsohn wünscht Kommissionsberatung.

Senator Dr. Vermehren hat gegen die Prüfung des besprochenen Paragraphen nichts einzuwenden, warnt aber vor einer allgemeinen Umänderung. Das Gesetz sei 1910 geschaffen worden, um eine weitere Einnahmequelle zu schaffen.

Schulmerich behauptet wiederholt, daß Handwerk und Gewerbe dasselbe Recht zur Ermäßigung haben wie die Gärtner. Unser Bestreben müsse dahin gehen, daß alles dieselbe Grundsteuer bezahle, auch die Industrie.

Dr. Benda glaubt, daß die Sache doch anders liege als der Vorredner anführte. Heute handle es sich um die Prüfung der Frage, ob wir bei Fassung des Gesetzes den Begriff von Kunst- und Krautgärtner richtig erkannt und erreicht hätten, was erreicht werden sollte. Deshalb sei eine Prüfung sehr wohl am Platze.

Schetelig will nur eine Einheitlichkeit in der Behandlung der Gärtner im allgemeinen an Stelle der heutigen Ungleichheit.

Dr. Ziehl stimmt für den Antrag Heinsohn, eine Revision des ganzen Gesetzes vorzunehmen. So wisse man nicht, wie man handeln soll. Unsere Finanzlage lasse eine Aenderung gar nicht zu.

Heinsohn: Wenn sich bei der Revisionsberatung herausstellt, daß kein Gewerbe bevorzugt werden kann, dann bleibt es eben beim alten.

v. Schack erinnert an die vielen Sitzungen, die zur Definierung des Begriffs Kraut- oder Kunstgärtner nötig waren, und tritt für Kommissionsberatung zur allgemeinen Revision des Gesetzes ein.

Dr. Benda weist darauf hin, daß eine Revision von keiner Seite gewünscht werde; eine solche sei auch unnötig. Nur der Gärtnerparagraph soll geprüft werden.

Dr. Ziehl wünscht gar keine Kommissionsberatung oder eine solche, die das ganze Gesetz revidiert.

Der Antrag Heinsohn, der eine Prüfung des ganzen Gesetzes durch eine Kommission fordert, wird angenommen. Dadurch sind die weiteren Anträge hinfällig.

5. Antrag: Abänderung des Gesetzes, betr. die Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer.

Löwigt: Ich bitte, die Vorlage abzulehnen. Sie wird damit begründet, daß die Reichserbschaftssteuer eine Aenderung notwendig mache, damit die Abkömmlinge zweiten Grades günstiger gestellt werden. Schon aus finanziellen Gründen können wir der Vorlage nicht zustimmen. Sie bringt eine Mindereinnahme von 15 000 Mk. jährlich. Tritt jetzt noch eine Ermäßigung hinzu, wird der Einnahmeausfall noch weit größer sein. Es ist selbstverständlich, daß der Staat diese Einnahmen braucht, es würde deshalb notwendig, sie auf anderem Wege wieder einzubringen. Dadurch würde die Allgemeinheit wieder belastet, die Zahlungsfähigen dagegen entlastet werden. Diejenigen, die größere Erbschaften bekommen, erhalten müheloses Kapital für nicht geleistete Arbeit. Sie können daher auch größere Sätze zahlen. Wenn es nicht anders möglich ist, müssen die andern Sätze eben auch erhöht werden. Sie müssen auch die Gründe in Betracht ziehen, warum die Reichserbschaftssteuer anders gestaltet wurde. Als die Wehrvorlage angenommen wurde, galt der Grundsatz, daß die Leute, die diese Wehrvorlage für notwendig halten, auch bezahlen sollen. Das kann man ihnen gern zumuten. In Versammlungen und Zeitungen wurde diese Opferwilligkeit überall zum Ausdruck gebracht, deshalb muß man auch die Möglichkeit geben, erhöhte Opfer zu bringen. Lehnen Sie den Senatsantrag ab und verhindern Sie da[illegible] daß der Einnahmeausfall auf die Schultern der All[illegible]heit gelegt wird.

Senator Dr. Vermehren [illegible] den Einnahmeausfall für bedauerlich, man dürfe mit der Steuer aber auch nicht zu weit gehen. Man glaubte, die früheren Landessteuersätze aufrechterhalten zu können. Diese müßten jetzt eine Ermäßigung erfahren, sonst würden sie zu hoch. Wenn wir über die Sätze hinausgingen, würde auch der Zuzug unterbunden.

Dahms hält diese Begründung für ausreichend. Man müsse den Vergleich mit den Nachbarstaaten aushalten können. Erleichterungen sollten für diejenigen geschaffen werden, die nicht an den Platz gebunden sind.

Senator Dr. Vermehren: Eine Prüfung des ganzen Gesetzes wird durch das neue Reichssteuergesetz notwendig, die Steuerbehörde hat bereits Auftrag zur Prüfung erhalten.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

6. Antrag: Aenderung des Paragraphen 3 des Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz.

Mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

7. Antrag: Weitere Bewilligung auf die Kosten der Einrichtung eines Asyls für Obdachlose, sowie einer Kinder- und Wöchnerinnenstation.

Der Wortführer verweist auf die Besichtigung der Räume am kommenden Sonntag.

Der Antrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

„Um Gottes willen, nein, wenn ich nicht muß —! Aber Sie — wie fanden Sie selbst sich mit all' dem ab?"

„Um des mir vorgesteckten Zieles wegen — so gut sich's tun ließ. Seien Sie versichert, mit allen Idealen, die Kunst betreffend, wie auch ihre Jünger, ging ich an's Werk. Ich glaubte, wem das Glück beschieden wurde, in der Kunst, in meinem Falle der musikalischen, leben und wirken zu dürfen, der müsse durch sie veredelt werden, das Gemeine könne nicht bestehen, nicht groß werden in ihrem Bannkreise. Und gegen diese meine Vorstellung nun die Wirklichkeit! Herrgott, was mußte ich da erleben? Gerade umgekehrt, wie ich es mir gedacht, nahm alles seinen Verlauf. Das Gemeine gelangte zum Ziele, triumphierte, während Loyalität, anständige Gesinnung mit Füßen getreten wurden. In der ersten Zeit des Durchlebens solcher absonderlichen, von jeder moralischen Richtschnur abweichenden Verhältnisse bäumt der normal Gebildete sich auf, er fühlt sich befremdet, verletzt, unglücklich. Das geht so lange, wie die Gewohnheit Zeit braucht, um ihre Macht zu üben, dann verliert sich ein Strich nach dem anderen von Bedenklichkeit, man sieht nicht mehr so scharf, man hört nur noch verschwommen, kurz, man steckt drin im Schmutze, wie die andern auch."

„Von Ihnen aber gerade spricht man besser, als Sie selbst, Herr Kapellmeister."

Walther machte eine halb ablehnende, halb zustimmende Geste.

„Weil ich wenigstens nicht mit Hand anlege, wo es eine Gemeinheit gilt. Auch habe ich mir, für meine Person, die Höflichkeit erhalten und bin, im Verkehr mit Frauen, immer anständig geblieben. Daß so etwas Aufmerksamkeit erregt, was doch in anderen Kreisen der Gesellschaft selbstverständlich, möge Ihnen für den Standpunkt unseresgleichen Zeugnis sein. Fräulein Kriemhild, Ihres Herrn Kommerzienrats Tochter, würde, wenn sie Fräulein Rauchfuß oder Fräulein Koch im Jargon hörte, kaum noch zu bewegen sein, diesen Damen Gruß und Hand zu bieten."

Stolzenberg fixierte mit einem Seitenblick den Sprecher. „Sie schätzen Fräulein Kriemhild? Durch den Unterricht sind Sie ihr näher getreten?"

„Allerdings, und es ist mir jedesmal eine Freude, ein Lebensgenuß, in ihrer Gesellschaft verweilen zu dürfen."

„Und dieser Art gibt's wirklich kein Weib beim Theater?"

Etwas mißmutig darüber, die Frage wieder auf Fachsimpelei hinauslaufen zu sehen, entgegnete Walther: „Ich sagte Ihnen ja, ereignet sich wirklich der Fall, daß ein reines Mädchen über unsere Eingangspforten hinauskommt, im Inneren des Tempels versalzt man ihr die Tugend. Da wird so lange an ihr herum „verbessert", bis sich ihr in moralischer Beziehung das unterste zu oberst kehrt und sie für weiß hält, was ihr früher schwarz erschien. Neckerei, Spott, Hohn, mitleidiges Achselzucken, Renommage lösen sich ab, um in den häufigsten Fällen ihren Zweck zu erreichen, d. h. um schließlich die Madonna in eine Hetäre umzumodeln."

„Aber ich hörte dem entgegen auch von einer Jenny Lind, Henriette Sonntag, Luise Köster, der Mutter eines deutschen Großadmirals, auch von einzelnen Künstlerinnen der Jetztzeit," wendete Stolzenburg ein.

„Gewiß, da gibt's noch manche unantastbare Dame, aber —Ausnahmen bestätigen die Regel. Wenn ich mir so die gestrige Assemblee überdenke — Ob Ihrem Chef im Verkehr mit seinen Freundinnen denn der Maßstab ganz abhanden kam? Fräulein Kriemhild, seine Tochter, unter einem Dach mit dieser Koch, dieser Rauchfuß und wie sie sonst heißen, diese — Aber schweigen wir davon, ich mag sie nicht anschwärzen, denn ich bemitleide sie von ganzer Seele. Mehr oder weniger sind sie eben Opfer — nicht ihres Berufs, denn der ist groß und erhaben — aber Opfer des Theatermolochs, dem sie sich verschrieben haben, und dem sie nun verfallen sind mit Haut und Haaren."

Walther hatte sich nach und nach in solchen Eifer hineingeredet, daß ihm das Blut in Stirn und Wangen getreten war. Umso jäher machte sich ein Wechsel seiner Farbe zu fast tödlicher Blässe geltend, als Stolzenberg die Unterhaltung mit der Frage übernahm:

„Daß übrigens Fräulein Kriemhild das elterliche Haus bald verlassen wird, um — am eigenen Herd zu schalten, wissen Sie?"

„Fräulein Kriemhild — wird das — das elterliche Haus verlassen?" stammelte Walther.

„Ja, mit der Heirat scheint es doch jetzt, da der junge Obersdorf zurück ist von seiner Reise um die Welt, wirklich Ernst werden zu sollen."

Wieder fixierte Stolzenberg den Kapellmeister von der Seite. Es mochte ihm daran gelegen sein, zu erforschen, welchen Eindruck seine Worte auf Walther ausübten. Dieser saß wie erstarrt. Das Bestreben, sich äußerlich nichts merken zu lassen, wurde durch ein tiefes Stöhnen, das sich seiner Brust entwand, vereitelt. Er fuhr mit der Hand über die Stirn, gleichsam als habe er unter einem Schmerz im Kopf zu leiden. Gewiß glaubte er, dadurch seinen Nachbar irre zu führen.

(Fortsetzung folgt.)

8. Antrag: Errichtung eines Anbaues zur Hauptfeuerwache.

Köhn verweist auf die Zusicherung des Senates vor sieben Jahren, wonach Gebäude und Mannschaften für lange Zeit ausreichend seien. Heute sei die Begründung der Vorlage ganz eigenartig. Man spreche auch bereits vom Ausbau der St.-Lorenz-Feuerwache. Für sechs Leute sei doch nicht ein so großer Anbau notwendig. Genau so stehe es mit dem Unterbringen der Pferde resp. deren Reinigung. Zu prüfen wäre auch, die Mannschaftswagen mit Kraftbetrieb auszurüsten. Redner ist gegen die Vorlage.

Senator Dr. Neumann: Die Begründung geschah von der sachverständigen Seite des Branddirektors. Die Räume für die Mannschaften sind unzureichend. Wir sind durchaus billiger gefahren, seitdem die Pferde in eigene Regie übernommen wurden. Selbstverständlich wäre es angenehmer, alle Wagen mit Automobilbetrieb auszugestalten. Dahin wird auch allmählich hingewirkt, doch muß das gegenwärtige Material erst ausgenutzt werden. Mit der Erweiterung der St.-Lorenz-Wache steht die Vorlage gar nicht in Zusammenhang.

Heinsohn hält den Senatsantrag für berechtigt; da die Arbeitsräume unzureichend, die Schlafräume beschränkt seien. Die Reinigung der Wagen und insbesondere der Krankenwagen erfordere genügende Räume.

Henk (Bültwisch) bedauert, daß die Feuerwehr bei der Eingemeindung ausgeschlossen ist. Es sei eine Ungerechtigkeit, wenn die Lübecker Bürger beim Feuer zuschauten und die Krempelsdorfer zum Beispiel arbeiten müßten, wie es gestern der Fall war. Die Hand- und Gespanndienste sollte man vergüten.

Dr. Ziehl ersucht, die Summe nur vorläufig zu bewilligen und den Betrag in das nächstjährige Budget einzutragen, aber mit zwei Sternen zu versehen, damit darüber noch gesprochen werden könne. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Förster behauptet, daß zur Schlagfertigkeit der Feuerwehr die Annahme der Vorlage notwendig sei.

Senator Dr. Neumann erwidert dem finanziellen Bedenken gegenüber, daß gerade das Finanzdepartement den Vorschlag gemacht habe.

Kahns ersucht um sofortige Annahme des Antrages.

Ueber die Zweckmäßigkeit des Antrages Dr. Ziehl sprechen noch Buchwald, Dr. Benda, Dr. Ziehl, Dr. Ihde und der Senatskommissar, der diesen Ausgang ungeheuerlich nennt. Eine schleunige Abhilfe sei notwendig.

Böbs hält die Vorlage wohl für wünschenswert, aber nicht für dringend notwendig. Die Ansichten in der Feuerwehrdeputation scheinen sehr oft zu wechseln. Man könne die Essenszeiten ja verlegen, es frage sich nur, ob man wolle oder nicht.

Senator Dr. Neumann: Auf dem gegenwärtigen Platze der Hauptfeuerwache ist eine Vergrößerung unmöglich. In den nächsten Jahren werde eine solche Vergrößerung an uns herantreten; wann dies notwendig sei, könne heute noch nicht gesagt werden.

Scharff hält die Vorlage für absolut notwendig.

Jenne erinnert an das rapide Wachsen der Feuerwehrausgaben in den letzten Jahren, die gar nicht im Verhältnis zum Bevölkerungszuwachs stehe. Die Vergrößerung der St.-Lorenz-Feuerwache werde die Bürgerschaft nächstens auch beschäftigen und damit würden die jährlichen Ausgaben um 27 000 Mk. erhöht. Es wäre besser, heute die Vorlage abzulehnen und sie zusammen mit der kommenden zu erledigen.

Die Senatsvorlage wird mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Eine zweite Lesung ist notwendig.

In die Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betr. Aufhebung der Seemaschinistenschule werden gewählt: Böbs, Dräger, Koch, Kröger, Dr. E. Meyer. Ersatzmänner: Boye und Iwan Meyer.

Schluß 10¾ Uhr.

Der neue Krupp-Prozeß.

In der Montag-Sitzung des Krupp-Prozesses zieht zunächst die Verteidigung den Antrag auf Vernehmung des Großindustriellen August Thyssen zurück. Es wird alsdann nochmals in eingehender Weise Direktor Draeger vernommen. Dieser bekundet auf eingehendes Befragen, er habe im März 1912 die Stellvertretung des Berliner Bureaus gehabt und hatte am 28. März 1912 mit Brandt eine längere Unterredung. Brandt habe ihm wiederholt versichert, daß er strafbare Handlungen nicht begehe, daß er allerdings mit den Beamten, von denen er die Informationen habe, verkehren müsse und ihnen Geschenke gebe. Ihm (Draeger) sei allerdings nicht zweifelhaft gewesen, daß die Nachrichten durch groben Vertrauensbruch erlangt seien und daß dies auf die Dauer nicht geheim gehalten werden könne. Er habe deshalb nach Essen berichtet. Der stellvertretende Dezernent für das Kriegsmaterial, Herr v. Dewitz, habe geantwortet, das Material Brandts habe einen gewissen Wert und sei vorläufig nicht zu entbehren. Als nun Brandt im Juli 1912 zu Direktor Muehlon sagte, er möchte die Berichterstattung gern einstellen, er möchte gern ein anständiger Mensch bleiben, habe er nochmals Brandt gefragt, ob er denn etwas Unrechtes tue. Brandt habe wiederholt versichert, daß er etwas Strafbares nicht begehe. Er habe aber der Direktoral-Sitzung in Essen darüber berichtet. Inzwischen habe sich doch das Direktorium in Essen für die Einstellung der Berichte erklärt. Das Direktorium hatte die Berichte für wertlos gehalten, lediglich Herr v. Dewitz habe sich wiederholt dafür erklärt. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden bemerkte Direktor Draeger: Er habe die Kornwalzer nicht gesehen, erst am 3. Oktober 1912 habe er zum ersten Male Einsicht in die „Kornwalzer" genommen. Der Gedanke, daß Brandt Bestechung begehe, sei ihm nicht gekommen. Inzwischen sei v. Metzen krank geworden und sei gleichzeitig mit der Firma in Differenzen geraten. Brandt habe ihm mitgeteilt, v. Metzen habe eine Anzahl „Kornwalzer" mit nach Hause genommen. Er habe Brandt zu v. Metzen in die Wohnung geschickt. Brandt habe ihm gesagt, v. Metzen erklärt, er gebe die „Kornwalzer" nicht heraus; er sei genötigt, des Gehaltes wegen einen Prozeß mit der Firma zu führen und halte die „Kornwalzer" für sehr wertvolles Material; er werde dafür sorgen, daß der große Draeger, auch Eccius und Muehlon sehr bald klein werden. Direktor Draeger fuhr fort: Ich habe Herrn v. Metzen aufgefordert, die „Kornwalzer" herauszugeben, da sie der Firma Krupp gehören. v. Metzen hat dies jedoch abgelehnt. Ich habe bereits bemerkt, daß ich schon im März eine Versetzung Brandts vorgeschlagen habe. Später habe ich veranlaßt, daß die Berichterstattung eingestellt wird. Infolge eines Gespräches meiner Frau mit Frau v. Metzen habe ich erfahren, daß v. Metzen gern eine Aussprache mit mir will. Ich habe deshalb am 2. Januar 1913 Herrn v. Metzen telephoniert, daß ich zu einer Aussprache gern bereit bin. v. Metzen ist zu mir gekommen. Ich habe ihm gesagt, daß ich der Ansicht sei, es ließe sich ein Vergleich mit ihm und der Firma Krupp schließen. Ich schlug vor, Herr v. Metzen solle sich zu Herrn Justizrat v. Simson begeben. Metzen lehnte das zunächst ab, erklärte sich aber schließlich dazu bereit, wenn ich Simson genau orientiere. v. Metzen ist zu Simson gegangen; die Sache selbst hat sich aber wieder zerschlagen. — Vorsitzender: Herr v. Metzen hat bereits beim Untersuchungsrichter ausgesagt, Sie haben von der Tätigkeit Brandts fortdauernd Kenntnis erhalten. — Zeuge: Ich kannte wohl Brandts Tätigkeit, aber die näheren Umstände nicht, zumal ich die „Kornwalzer" gar nicht gelesen habe. — v. Metzen, nochmals vom Vorsitzenden befragt, bemerkt: Angesichts der Welterfahrung und Geschäftsgewandtheit des Herrn Direktors Draeger bestand für mich kein Zweifel, daß Draeger ganz genau über die Art der Tätigkeit Brandts unterrichtet war. — Vorsitzender: Wußten Sie denn, daß Brandt Bestechungen begehe? — Zeuge (v. Metzen): Ich bin zu wenig Jurist, als daß ich den Ausspruch Bestechung genau definieren kann. Ich wußte jedoch bestimmt, daß Brandt Geschenke machte. Wenn auch vielleicht ein Austausch stattgefunden hat, so war doch nicht anzunehmen, daß die Beamten, die Brandt informierten, dabei zu kurz gekommen waren. Ich bin allerdings noch jetzt der Meinung, daß auch die Informationen durch Bestechung erlangt waren.

Hierauf wird unter größter Spannung Abgeordneter Dr. Liebknecht in den Saal gerufen. Er bekundet auf Befragen des Vorsitzenden: Ich habe wenige Tage, ehe ich den bekannten Brief an den Herrn Kriegsminister schrieb, ein anonymes Schreiben erhalten, in dem 15 „Kornwalzer" lagen. Ueber die Einzelheiten verweigere ich jede Auskunft, da mir die Sache in meiner Eigenschaft als Abgeordneter zugesandt wurde, und es ein alter parlamentarischer Brauch ist, dieses Vertrauen nicht zu mißbrauchen, um den Briefschreiber nicht etwa preiszugeben. Der Brief war laut Poststempel in Berlin aufgegeben und mit steiler Kanzleischrift in sehr charakteristischer Weise geschrieben. Er enthielt aber, wie das sonst üblich ist, nicht den Vermerk, die Sache vertraulich zu behandeln. Ich habe deshalb dem Herrn Kriegsminister Mitteilung gemacht und auch die „Kornwalzer" in Abschriften und zwei in der Form, wie ich sie erhalten, also im Original, beigelegt. — Der Brief an den Kriegsminister wird darauf verlesen; er lautet etwa wie folgt:

„Euer Exzellenz teile ich mit, daß ich einen Brief mit 15 Schriftstücken erhalten habe, woraus hervorgeht, daß Beamte der Firma Krupp durch Bestechung Militärbeamte der Artillerie-Prüfungskommission, des Reichsmarineamts, des Kriegsministeriums usw. zu Mitteilungen von Nachrichten über Konstruktion von Geschützen, bevorstehende Aufträge von Kriegsmaterial, ganz besonders um die Preise der Konkurrenz zu erfahren, veranlaßt haben."

In dem Brief stand weiter: Ich ersuche Eure Exzellenz, nach dem Briefschreiber nicht zu forschen, damit diesem nicht durch seine Mitteilungen an mich Unannehmlichkeiten bereitet werden. — Auf Befragen des Verteidigers v. Gordon bemerkt der Zeuge, er habe mit Thyssen absolut keine Berührung, er kenne weder Herrn Thyssen, noch Herrn v. Metzen, noch Herrn Brandt persönlich. Den Namen v. Metzen habe er zum ersten Male beim Untersuchungsrichter gehört, auch der Ausdruck „Kornwalzer" sei ihm dort zum ersten Male mitgeteilt worden. Herrn v. Metzen habe er zuerst auf dem Korridor des Gerichtsgebäudes gesehen. Von wem er das Schreiben erhalten, sei ihm nicht bekannt. — Angeklagter Eccius: Herr Zeuge, weshalb haben Sie wohl das Originalschreiben vernichtet? — Zeuge: Das habe ich getan, damit, falls Haussuchung bei mir gehalten wird, der Briefschreiber nicht erforscht werden kann und diesem Unannehmlichkeiten erspart bleiben. Das ist ein alter parlamentarischer Brauch, den, soviel ich weiß, jeder Abgeordneter, gleichviel, welcher Partei er angehört, beobachtet. — Verteidiger Löwenstein: Ich halte zwar die Frage für überflüssig, möchte Sie aber doch darüber befragen: Herr Kollege, sind Sie der Meinung, daß Herr Brandt Ihnen das anonyme Schreiben zugesandt hat? — Zeuge: Ich kenne Herrn Brandt absolut nicht und kann auch nicht sagen, von wem ich das Schreiben erhalten habe. — Der Zeuge bekundet weiter auf Befragen, daß derselbe Journalist, der Herrn v. Metzen interviewt hat, auch bei ihm gewesen ist und ihn auszufragen versuchte. Er habe eine Mitteilugn abgelehnt, habe sich aber erzählen lassen, was er von Herrn v. Metzen erfahren habe. — Verteidiger Löwenstein: Im „Vorwärts" wurde aber der Meinung Ausdruck gegeben, daß Ihnen das anonyme Schreiben von Herrn Brandt zugegangen sei. — Zeuge: Das ist nicht richtig; im „Vorwärts" kann so etwas nicht gestanden haben. Soviel ich weiß, hat eine derartige Mitteilung einmal die „Staatsbürger-Zeitung" gebracht. — Der Vorsitzende erklärt darauf die Vernehmung Liebknechts für beendet. — Zeuge Rechtsanwalt Dr. Liebknecht: Ich habe doch noch etwas zu sagen; ich fühle mich dazu veranlaßt, da es selbstverständlich ist, daß der Herr Vorsitzende mich nicht über etwas befragen kann, was er nicht weiß. — Vorsitzender: Wenn Sie noch etwas zur Sache wissen, dann bitte, äußern Sie sich. — Liebknecht: Ich habe noch Mitteilungen zu machen über die Beziehungen der Firma Krupp zu den ausländischen Zeitungen. — Verteidiger v. Gordon: Das gehört meiner Meinung nach nicht zur Sache. Hier steht Herr Brandt auf der Anklagebank wegen Bestechung und widerrechtlicher Erlangung von geheimen Nachrichten, Herr Eccius wegen Beihilfe. Die Beziehungen der Firma Krupp zum Auslande interessieren hier nicht. Herr v. Metzen hat auch in durchaus taktvoller Weise über diese Beziehungen zum Auslande hier nicht gesprochen. — Oberstaatsanwalt: Herr Zeuge, wenn Sie eine Anzeige zu machen haben, dann bitte, reichen Sie mir diese ein. Die Beziehungen Krupps zum Auslande interessieren hier in diesem Verfahren nicht, sie gehören nicht zur Sache. — Zeuge: Ich hielt mich jedenfalls für verpflichtet, alles zu sagen, was ich in der Sache weiß. — Der Vorsitzende erklärt darauf die Vernehmung des Zeugen Liebknecht für beendet.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung bemerkt noch Direktor Draeger, es sei ihm schon vor Jahren die Befürchtung gekommen, in der Brandtschen Berichterstattung könne eine Verletzung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gefunden werden. Er habe deshalb im Direktorium angeregt, daß ein Vortrag über den unlauteren Wettbewerb mit Bezug auf die Berliner Verhältnisse gehalten werde. — Landrat a. D. Roetger: Er erinnere sich dieser Anregung, habe dies aber nicht in dem von Direktor Draeger bekundeten Sinne aufgefaßt. — Direktor Draeger bleibt auf mehrfaches Befragen dabei, er habe befürchtet, die Firma Krupp könnte der Verletzung des unlauteren Wettbewerb-Gesetzes beschuldigt werden. — Darauf wird Direktor Rausenberger vernommen. Er bekundet, er sei der Ansicht gewesen, die Informationen, die Brandt nach Essen geliefert habe, habe dieser durch Schwatzhaftigkeit von Beamten erfahren. Daß Brandt freundschaftlich mit den Beamten verkehrte, die ja doch seine Kameraden waren, habe er angenommen. Es sei ihm aber niemals der Gedanke gekommen, daß Brandt die Nachrichten durch Bestechung erhalten habe. Der jetzige Bureauvorsteher des Kruppschen Berliner Bureaus, Kern, bekundet, Brandt habe längere Zeit eine sehr umfangreiche Bureautätigkeit ausgeübt.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Nach Wiedereröffnung der Verhandlung bemerkt der Vorsitzende, es solle jetzt die weitere Erörterung der Kornwalzer vorgenommen werden. Es frage sich, ob dies in öffentlicher Sitzung geschehen könne. — Oberstaatsanwalt: Ich beantrage, während der Verhandlung über die Kornwalzer die Oeffentlichkeit auszuschließen, in welchem Umfange, werde ich später noch mitteilen. — Die Verteidiger erklären, daß sie gegen den Antrag nichts einzuwenden haben. — Der Gerichtshof beschließt, während der Erörterung der Kornwalzer die Oeffentlichkeit auszuschließen, da eine Gefährdung der Staatssicherheit zu besorgen sei. Der Vorsitzende fordert im Einverständnis mit dem Oberstaatsanwalt die Zeugen auf, den Saal zu verlassen, aber auf dem Korridor zu warten, falls sie noch vernommen werden müssen. Es wird mitgeteilt, daß die öffentliche Verhandlung am Dienstag vormittag 9 Uhr fortgesetzt werden wird.

Aller Voraussicht nach wird am Dienstag die Beweisaufnahme geschlossen. Am Mittwoch findet keine Sitzung statt. Donnerstag und Freitag glaubt man die Plädoyers beenden zu können und am Montag würde dann das Urteil zu erwarten sein.

Aus der Partei.

Ostelbische Praktiken. Der Amtsvorsteher in Heisterwitz und der Landrat in Ohlau in Schlesien hatten die Genehmigung zur Abhaltung der wissenschaftlichen Vortragskurse unseres Genossen Dr. Drucker über Menschenkunde von der Vorlegung der Lichtbilder abhängig gemacht. Auf die eingelegte Beschwerde antwortet jetzt der Regierungspräsident lakonisch, die Einreichung der Lichtbilder sei nach einer Oberpräsidialverordnung über „öffentliche Schaustellungen" geboten. Gegen diese eigenartige Rubrizierung der wissenschaftlichen Vorträge wird beim Oberverwaltungsgericht Klage erhoben werden. Der genannte Amtsvorsteher verlangte neuerdings auch, daß eine Lokalverlegung nicht nur vom örtlichen Vorsitzenden, sondern auch von dem auf der Reise befindlichen Wanderlehrer Dr. Drucker angemeldet werden müsse. — Als in Sagan Genosse Löbe in einer Stadtverordnetenwählerversammlung die Ausgaben für die Schulen mit den Ausgaben fürs Militär verglich, unterbrach ihn der überwachende Polizeiinspektor mit den Worten: „Hier ist nur eine Stadtverordnetenwählerversammlung angemeldet, keine öffentliche politische Versammlung. Sie machen sich strafbar, wenn Sie so weiter reden." In Wirklichkeit war kurzweg die Anmeldung einer Wählerversammlung bescheinigt. — Genosse Löbe störte sich aber nicht an die Strafandrohung.

Der Reitoberst und die vaterlandslosen Gesellen. Im Juni dieses Jahres beging das 2. bayerische Ulanenregiment in Ansbach sein Regimentsjubiläum, wobei die üblichen Festivitäten stattfanden. Die Mehrheit der Ansbacher städtischen Kollegien hatte hierzu eine Stiftung von 10 000 Mark gemacht. In der Kaserne wurde für die aktiven Ulanen eine „Festmenage" veranstaltet, für die aktiven Unteroffiziere und ehemaligen Soldaten des Regiments ein „Festessen". Bei beiden Gelegenheiten hielt der Regimentskommandeur Oberst von Sartor Ansprachen, in denen er sich auch auf das politische Gebiet wagte und die Leute ermahnte, sie sollten sich von den „vaterlandslosen Gesellen" fernhalten. Damit konnte er natürlich nur die Sozialdemokraten gemeint haben. Der sozialdemokratische Gemeindebevollmächtigte Pörschmann sah sich durch diese Aeußerungen veranlaßt, im Gemeindekollegium eine Erklärung abzugeben, in der die Angriffe des Obersten gebührend zurückgewiesen und nach einer kurzen Bemerkung, daß es den Sozialdemokraten eigentlich gleichgültig sei, „was solch ein eingebildeter Marsjünger sage", gesagt wurde, der erwähnte Ausdruck sei eine Beleidigung eines Teils der Ansbacher Einwohnerschaft, denn in der 10 000-Mark-Stiftung seien auch Steuergroschen von solchen vaterlandslosen Gesellen enthalten. Wenn nun Oberst von Sartor wünsche, daß aktive und ehemalige Ulanen mit den vaterlandslosen Gesellen nicht in Berührung kommen sollen, so hätte er auch konsequenterweise die Stiftung ablehnen sollen, denn Ansbach berge in seinen Mauern über 1000 solcher vaterlandsloser Gesellen. Dazu scheine ihm aber der Mut zu fehlen, und zweitens werde er dem Grundsatz huldigen: Geld stinkt nicht. Auf Grund dieser Erklärung stellte der Oberst Beleidigungsklage gegen Pörschmann, die am Freitag vor dem Ansbacher Landgericht verhandelt wurde. Pörschmann wahrte nochmals entschieden seinen Standpunkt, wies die Aeußerungen des Offiziers abermals scharf zurück und nahm den Schutz des § 193 in Anspruch. Während der Staatsanwalt sich damit begnügte, 150 Mark Geldstrafe zu beantragen, verlangte der als Nebenkläger zugelassene Oberst eine „exemplarische Gefängnisstrafe" für Pörschmann. Dieser wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, die Wahrung berechtigter Interessen wurde ihm nicht zuerkannt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Neukölln. Den Antrag der städtischen Arbeiter auf Abschluß eines Tarifvertrags lehnte die Stadtverordneten-Versammlung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab. Die Vorlage einer neuen Arbeitsordnung wurde einstimmig angenommen.

Die Stettiner Streikjustiz arbeitet ähnlich wie die in Rheinland-Westfalen seinerzeit, überaus fix. Unter dem Signum „Eilt, Streiksache" werden die Anklagen wegen Arbeitswilligenbelästigung befördert. Am 30. Oktober standen zwei Arbeiter vor den Schranken des Gerichts, um sich wegen Hausfriedensbruchs, begangen dadurch, daß sie versucht haben sollen, in den Freibezirk einzudringen, zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender: Zwei auswärtige Matrosen hatten abgemustert. Sie baten die beiden Arbeiter, von denen der eine ein Streikender ist, daß sie ihnen behilflich sein sollen, ihr Gepäck vom Schiff zu holen. Der Streikende suchte die Erlaubnis zum Betreten des Hafens bei einem Polizeiwachtmeister nach. Diese wurde erteilt. Nachdem sie nun einige Schritte weit gegangen waren, wurde ihnen das Betreten des Freibezirks verboten. Darauf entfernten sie sich sofort. Trotzdem sollen sie Hausfriedensbruch begangen haben. Im Termin erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft und auch der Gerichtsvorsitzende, daß der Streikende höher bestraft werden müsse, als der andere Arbeiter. Dementsprechend verurteilte das Gericht den streikenden Hafenarbeiter zu 10 Mark, den anderen Arbeiter zu 3 Mark Geldstrafe.

Biedermann Hesberg. Die renommierteste Firma für die Lieferung von Streikbrechern ist bekanntlich A. J. H. Hesberg in Blankenese bei Hamburg. Nicht nur liefert er den Privatunternehmern Streikbrecher jeder Quantität und für jeden Beruf, auch der besonderen Gunst städtischer Behörden erfreut er sich. Im Stettiner Hafen schaltet und waltet er und seine Zutreiber als souveräner Herr und schreckt vor brutalen Mitteln nicht zurück, um etwa widerspenstige Arbeitswillige zur Arbeit zu bringen. Anscheinend hat Hesberg aber auch mit Stadtverwaltungen anderer Städte bereits feststehende Verträge, wonach er zur Lieferung von Streikbrechern sich verpflichtet. Von der Münchener Stadtverwaltung wird das vermutet. Dort soll Hesberg auf eine Offerte hin, daß er mit Erfolg bei Gasarbeiterstreiks in Hamburg, Kiel, Hildesheim und Mailand Streikbrecher geliefert habe, die Lieferung von Streikbrechern für die Gasanstalt bei einem eventuellen Streik übernommen haben. Die sozialdemokratische Rathausfraktion wird in Form einer Anfrage darüber Aufklärung verschaffen. In einer Stettiner Stadtverordnetenversammlung erklärte der Oberbürgermeister auf eine Anfrage aus den Reihen der Stadtverordneten über die moralische Qualifikation des Herrn Hesberg, daß man sich genau über den neuen Pächter des Freihafens erkundigt und nur gute Auskunft erhalten habe. Die „Gewerkschaft", Organ des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes gibt nun in ihrer letzten Nummer vom 31. Oktober folgende Darstellung über die moralische Qualität des Biedermann Hesberg: „Wir stellen

nur fest, daß Herr Adolf Julius Heinrich Hesberg, am 28. April 1871 in Hamburg geboren, sein Vater dänischer Untertan, Hesberg selbst wegen seiner Strafen aus Hamburg ausgewiesen ist. An Strafen hat er erhalten: 1889 in Leipzig wegen Betrug 1 Jahr 4 Monate, 1901 in Duisburg wegen Betrug 2 Jahre, 1901 in Düsseldorf wegen Betrug 2 Jahre 6 Monate, 1902 in Düsseldorf wegen Unterschlagung sechs Monate Gefängnis. Außerdem noch kleinere Strafen wegen ruhestörenden Lärms, Widerstands gegen die Staatsgewalt, verbotswidriger Rückkehr usw." — Das wäre ein Witz der Weltgeschichte: Dieser überempfindliche Herr, der, wenn seine menschenfreundliche Tätigkeit auch nur annähernd mit dem richtigen Namen genannt wird, sofort zum Kadi läuft, um seine ramponierte Ehre reparieren zu lassen, in so inniger Bekanntschaft mit dem Strafrichter! Diese Strafdelikte werden sich ja in den nächsten Tagen bei Prozessen, die Hesberg gegen verantwortliche Redakteure der Partei- und Gewerkschaftspresse führt, leicht gerichtlich feststellen lassen. Schon muß sich Genosse Koenen als Verantwortlicher vom „Hallschen Volksblatt" wegen Beleidigung Hesbergs verantworten, bald nachdem Lindow vom Transportarbeiterverband. Uebrigens müßte Hesberg nach einem bisher streng befolgten Uebereinkommen auch aus Preußen ausgewiesen werden, wenn ihm der Aufenthalt in Hamburg verboten ist. Offenbar wird die nützliche Staatsstütze vom Arbeitgeberverband und vielleicht auch vom Hamburger Hafenbetriebsverein protegiert. Die allernächste Zeit wird die Glorie dieses angenehmen Mitbürgers in vollem Lichte erstrahlen lassen.

Soziales.

Krankenkassenwahlen. Bei der Wahl zum Ausschuß der Ortskrankenkasse der Handelsgewerbe in Stuttgart erhielten die verbündeten kaufmännischen Vereinigungen 3496, die freien Gewerkschaften (Zentralverband der Handlungsgehilfen, Transport- und Bureauarbeiterverband) 1550 Stimmen. Die ersteren bekamen im Ausschuß 28, die letzteren 12 Vertreter. Dem Vorstand werden künftig angehören 6 Vertreter der bürgerlichen Vereinigung, 2 der freien Gewerkschaften. Bisher waren die freien Gewerkschaften im Vorstande dieser Kasse nicht vertreten.

Für die seitherigen eingeschriebenen Hilfskassen, welche ihre Satzung danach eingerichtet haben, als Ersatzkassen weiter zu bestehen, ist eine Aeußerung des Reichsversicherungsamts von Wichtigkeit, die von den Kassen veranlaßt worden ist. Das Reichsversicherungsamt schreibt:

Das Reichsversicherungsamt hat eine möglichst gleichzeitige Zulassung der Ersatzkassen in Aussicht genommen. Sie wird voraussichtlich nicht vor Dezember 1913 erfolgen können, da sämtliche Zulassungsanträge nach einheitlichen Gesichtspunkten geprüft werden müssen, das Reichsversicherungsamt also die Kassen erst zulassen kann, wenn das gesamte Material vorliegt.

Im übrigen mag noch bemerkt werden, daß eine Zulassung als Ersatzkasse erst dann verweigert werden wird, wenn die Kasse Aenderungen ihrer Satzungen, die im Hinblick auf die Vorschriften der §§ 503 bis 514 der Reichsversicherungsordnung erforderlich sind und vom Reichsversicherungsamt verlangt werden, ablehnen sollte.

Danach müssen die Kassen sich entweder entschließen, noch im letzten Augenblick all die nötigen Vorarbeiten zu beschaffen, wenn sie zum 1. Januar 1914 bereits als Ersatzkassen ihre Tätigkeit beginnen wollen, oder sie müssen einen späteren Termin wählen, damit sie die nötigen Vorarbeiten erst erledigt haben. Bis zum 1. Juli haben sie Zeit.

Unlauterer Wettbewerb der „Friedrich Wilhelm". Ihre gewohnten unlauteren Konkurrenzpraktiken gegen die ihr offenbar sehr unangenehme „Volksfürsorge" setzt die sonst so stolze „Friedrich Wilhelm" in ihrer offiziellen Monatsschrift für ihre Vertreter munter fort. Die Redaktion der Monatsschrift knüpft in ihrer September-Nummer an angeblich in sozialdemokratischen Blättern erhobene Vorwürfe gegen den Tarif I der Arbeiterversicherung der „Friedrich Wilhelm" an, in welchen behauptet worden sein soll, die Einzahlungen der Versicherten der „Friedrich Wilhelm" sofern diese ein hohes Alter erreichten, überstiegen die auszuzahlenden Versicherungssummen. Zunächst bestätigt die Redaktion diese Behauptung in ihrem vollen Umfang, indem sie schreibt:

„Versicherungstechnisch ist das auch gar nicht anders möglich. Es war bisher immer so, daß die eintretenden Todesfälle zum Teil von den Prämien der Ueberlebenden gedeckt wurden und daß infolgedessen derjenige, der das Glück hatte, ein hohes Alter zu erreichen, die Summen der vielen, die ihm im Tode vorausgingen, mitbezahlen und so mehr an Prämien aufwenden mußte, als seine eigene Versicherungssumme betrug."

Auf diesem Umwege kommt dann die Monatsschrift zu ihrer eigentlichen Absicht, der „Volksfürsorge", dieser unangenehmen Konkurrenz, eins auszuwischen. Es wird behauptet, bei der „Volksfürsorge" sei das genau so, ja noch schlimmer, denn sie lasse sich in bestimmten Fällen „bis zu 130 Mark, also 15 % der versicherten Summe mehr einzahlen, als sie herausgibt". Das sucht die Redaktion der Monatsschrift zu beweisen an einem Beispiel nach dem Tarif I der „Volksfürsorge", in welchem sie die nach dem Tode fälligen Versicherungssummen in Vergleich stellt mit den erfolgten Einzahlungen. Das ist ein unlauteres und unsauberes Konkurrenzmanöver der Verteidiger der „Friedrich Wilhelm", der den Tarif I der „Volksfürsorge" in der Hand hat, verschweigt wissentlich, daß die Versicherungsbedingungen des Tarifs I für Versicherung auf den Todesfall mit abgekürzter Prämienzahlung wörtlich lauten:

„Die Versicherungssumme wird mit den angesammelten und um 3½ % Zinseszins vermehrten Gewinnanteilen beim Tode, spätestens beim 55. Lebensjahre gezahlt. Vom 65. Lebensjahre ab erhöht sich die Versicherungssumme außerdem noch bis zum Tode um jährlich 3½ % Zinseszins."

Bei der „Volksfürsorge" wird kein Versicherter nur die im Tarif berechnete Versicherungssumme allein erhalten, wie bei der „Friedrich Wilhelm", die eine Gewinnbeteiligung ihren Versicherten nicht gewährt, bei deren Arbeiterversicherung erst nach zehnjährigem Bestehen eine 10prozentige Erhöhung der Versicherungssumme eintritt. Warum verschweigt das alles die Redaktion der Monatsschrift ihren Lesern? Weil sonst ihr ganz unredliches Vergleichsmanöver nutzlos wäre. Von der „Friedrich Wilhelm" sollte man eine reinlichere Konkurrenzmethode erwarten dürfen. Aber auch so heißt es, zu denken, der „Volksfürsorge" gegenüber aller Sachlichkeit auf Wahrheit und Anstand entsagen zu sein. Solche Konkurrenz kann der „Volksfürsorge" auf die Dauer nur förderlich sein, sowohl sie doch, daß ihre Bedingungen weitaus nicht unsicher sind.

Der Rückgang der Fleischversorgung und das System des Zollwuchers.

Das preußische Statistische Amt veröffentlicht jetzt die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau für das Jahr 1912. Das Ergebnis ist ein weiteres Zurückgehen der Zahl der Schlachttiere, an denen die Fleischbeschau vorgenommen wurde.

Die Zahlen lauten: 1912 wurden 10 978 788 Schweine geschlachtet, 194 590 weniger als im Vorjahre. Dieses Resultat befremdet auf den ersten Blick insofern, als bekanntlich bei der Viehzählung sich herausstellte, daß die Zahl der lebenden Schweine zurückgegangen ist, man also annehmen mußte, daß die Zahl der Schlachtungen besonders groß war. Der Widerspruch löst sich indessen in folgender Weise. in der ersten Hälfte des Jahres 1912 war die Zahl der Schlachtungen im Vergleich zum Vorjahre groß: es wurden rund 377 500 Tiere mehr geschlachtet. Aber in der zweiten Hälfte ging dann die Zahl der Schlachtungen scharf zurück: über eine halbe Million weniger als im Vorjahre. Der Zusammenhang ist vollständig klar: die Dürre des Jahres 1911 zwang die Landwirte, die Schweinehaltung einzuschränken, es wurde stark verkauft und die Zahl der Schlachtungen schnellte in die Höhe. Aber im Sommer 1912 stellte sich dann heraus, daß infolge der verringerten Aufzucht und der großen Verkäufe nicht mehr genügend schlachtreifes Material da war.

Für die Rinderschlachtungen zeigt sich seit 1910 eine beständige Abnahme. Sie betrugen 1910: 4 729 513, 1911: 4 531 085, 1912: 4 361 520. Die Abnahme gegen das Vorjahr ist am größten bei Kälbern, die normalerweise die größte Zahl liefern. Gegen das Vorjahr war ein Rückgang von 2 427 939 auf 2 298 022, d. h. um über 5 Prozent, zu verzeichnen. Die Zahl der geschlachteten Kühe ging von 1 069 628 auf 1 054 160 zurück, also um nahezu 1,5 Prozent. Bei Bullen ging die Zahl der Schlachtungen auf 271 273 zurück, um 3969, das sind 1,44 Prozent weniger als im Vorjahre, bei Ochsen auf 252 071, um 21 013, gleich 7,69 Prozent. Dagegen war die Zahl der „Jungrinder" (über drei Monate) um eine Kleinigkeit größer: 485 994 gegen 485 192 im Vorjahre. Auch hier sind zweifellos die Folgen der Dürre zu beobachten. Schon im Jahre 1911 wurde die Viehaltung eingeschränkt, daher machte sich alsbald der Mangel an Kälbern bemerkbar. Zu betonen ist dabei, daß die Zahl der Kühe, die auf die Schlachthöfe geliefert werden, keineswegs willkürlich gesteigert oder vermindert werden kann, da im regelmäßigen Turnus die Landwirte eine bestimmte Zahl von Tieren, die nicht mehr als Milchkühe geeignet sind, abstoßen. Deshalb kommt der Mangel auch ganz besonders scharf bei Ochsen zum Ausdruck, die speziell durch Mast für die Schlachtbank vorbereitet werden. Hier war der Rückgang ganz besonders groß.

Der Fleischmangel bewirkte dann eine etwas stärkere Versorgung des Marktes mit Hammelfleisch: es wurden 1 535 759 Schafe geschlachtet, um 1,74 Prozent mehr als im Vorjahre. Schließlich wurden 122 827 Pferde, um 21 192 Stück, gleich 20,85 Prozent mehr als im Vorjahre, geschlachtet.

Diese Ergebnisse der Statistik bestätigen durchaus, was seit Jahr und Tag von sozialdemokratischer Seite gesagt wurde. Die Folgen des anormalen Jahres 1911 konnten nur verhindert werden, wenn sofort weitgehende Maßregeln getroffen wurden, und die sozialdemokratische Fraktion hat alsbald nach Zusammentritt des Reichstages im Frühjahr 1912 diese Maßregeln gefordert: Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Fleisch und Schlachtvieh und Aufhebung der Zölle auf Futtermittel. Die Regierung wies im Interesse der Großgrundbesitzer die Forderungen zurück. Sie bequemte sich nur zu kleinen Mittelchen, wie die Gestattung der Einfuhr von Fleisch aus Rußland für einzelne Großstädte, und auch das erst, als die Preise eine wahnsinnige Höhe erreicht hatten. Jetzt sind trotz des Rückgangs der Schlachtungen die Viehbestände reduziert, die Fleischpreise bleiben hoch. Das „bewährte Wirtschaftssystem" mußte unvermeidlich zu diesen Resultaten führen, das „bewährte Wirtschaftssystem", das den Junkern, die Viehfutter zu verkaufen haben, die Taschen füllt, aber den Bauern die Viehhaltung erschwert und den Konsumenten die Fleischnahrung entzieht.

Die Frage der Handelspolitik, der Aenderung des Zolltarifs und der Erneuerung der Handelsverträge wird von neuem spruchreif. Ein Blick in die bürgerliche Presse lehrt, daß von einem Bruch mit dem System des Zollwuchers bei den bürgerlichen Parteien keine Rede ist. Selbst die freisinnige Presse spricht nur von der Abwehr neuer agrarischer Forderungen, nicht von einem Sturm gegen das System. Man ist sich offenbar in den Kreisen des Bürgertums seiner Schwäche bewußt. Die Arbeiterklasse Deutschlands steht in dem Kampfe um billige Nahrungsmittel allein. Um so mehr Grund aber haben wir, rechtzeitig zu dem Kampfe zu rüsten.

Kommunales.

Städtische Hilfe für die Berliner Grundbesitzer. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, die Genossenschaft Berliner Hausbesitzer aus laufenden Mitteln mit einem vorübergehenden Kredit von einer Million zur Beschaffung und Sicherung von Hypotheken zu unterstützen. Die Genossenschaft will mit den Mitteln der Stadt in eigener Person Beleihungen Berliner Grundstücke bis zu 80 v. H. des Grundstückswertes vornehmen und die so erworbenen Hypotheken sobald wie möglich durch Veräußerung unter Uebernahme der Bürgschaft wieder verwerten, um dadurch neues Betriebskapital zu gewinnen. Die Genossenschaft hat die kreditierten Beträge mit 4½ % zu verzinsen und regelmäßig zu tilgen. Bis zum Ende des Jahres 1923 ist die dann noch bestehende Schuld zurückzuzahlen. — Demnächst wird die Stadtverwaltung zu der Sache Stellung nehmen.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Kind zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Aus Konstanz wird gemeldet: Die 13jährige Paula Jetschmanegg von Konstanz wurde von der hiesigen Strafkammer wegen Brandstiftung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Mädchen hatte aus Heimweh nach dem Elternhaus das Wohn- und Ökonomiegebäude seines Dienstherrn, des Landwirts Josef Amann in Hepach bei Mordorf angezündet. Der ganze Jammer unserer heutigen Gesellschaftsordnung faßt einen an, wenn man derartiges liest. Ein 13jähriges Mädchen wird aus dem Elternhaus gerissen: es muß sein Brot selbst verdienen, weil die Eltern arm sind und keine überflüssigen Mäuler füttern können. Das junge, unwissende Ding begeht eine Verzweiflungstat, um zu den Eltern zurückzukommen und erhält ein Jahr Gefängnis! Herrliche Weltordnung!

Militärjustiz. Der Füsilier Johann Kawrat hatte sich im Manöver in starker Trunkenheit gegen einen Unteroffizier vergangen und diesem einen Schlag ins Gesicht versetzt. Auch widersetzte er sich der ihn verhaftenden Wache. Das Kriegsgericht in Glatz verurteilte den Mann zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis, obgleich zwei Militärärzte begutachteten, K. habe sich im Zustand der Geistesstörung befunden. Vom Verurteilten wurde Berufung eingelegt, ebenso vom Gerichtsherrn, der die verhängte Strafe für zu niedrig hielt. Das Oberkriegsgericht verurteilte K. wegen Widersetzlichkeit zu 5 Monaten Gefängnis. Beantragt waren zwei Jahre Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Schweres Unglück. In der Nacht zum Sonntag wollte eine zwanzigjährige Buchhalterin auf dem Bahnhof Waidmannslust den Berliner Vorortszug verlassen. Aus Versehen stieg sie auf der verkehrten Seite aus und stürzte neben den Trennungszaun. Durch den wieder in Bewegung gesetzten Zug wurden ihr beide Füße abgefahren. Auf dem Transport ins Krankenhaus ist sie gestorben.

Schnelles Avancement. Das seltene Vorkommnis, daß ein Rittmeister mit glücklicher Umschiffung der fatalen Majorsecke sofort zum Regimentskommandeur ernannt wird, meldet die letzte Ausgabe des „Militär-Wochenblattes". Freilich handelt es sich nicht um irgendeinen x-beliebigen Rittmeister Schulze oder Lehmann, sondern die hervorragende Eignung zum Obersten ist bei dem Schwiegersohn des Deutschen Kaisers, dem neuen Herzog von Braunschweig entdeckt worden. Aus Anlaß seines Regierungsantritts wurde Ernst August zum Obersten à la suite der Ziethen-Husaren ernannt; außerdem steht er an der Spitze des Braunschweigischen Infanterie-Regiments Nr. 92 und des Braunschweigischen Husaren-Regiments Nr. 17. Wir können also getrost eventuellen politischen Verwickelungen mit Ruhe entgegensehen.

Großfeuer in einer Saline. Die „Landeszeitung" in Braunschweig meldet aus Salzgitter im Kreise Goslar: Die herzoglich cumberländische Saline in Salzgitter ist heute nacht durch ein Großfeuer zerstört worden. Mit Ausnahme des Verwaltungsgebäudes und des neuerbauten Kurhauses sind sämtliche Gebäude niedergebrannt. Viele Tausend Zentner Salz und die ganzen Maschineneinrichtungen sind dem Feuer zum Opfer gefallen, das einen Schaden von mehreren hunderttausend Mark angerichtet hat. Der Brand des 40 bis 50 Meter hohen Salinenturmes war mehrere Kilometer weit zu sehen. Das Feuer soll durch Explosion einer Lampe entstanden sein.

In der Trunkenheit gab in Rastatt ein Arbeiter auf offener Straße mehrere Revolverschüsse ab. Zwei Schutzleute und ein Passant wurden schwer verletzt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Das Saarlouiser Journal meldet aus Dillingen an der Saar: Am Montag sind auf der hiesigen Hütte zwei Hochofenarbeiter, die einen verbotenen Raum betreten hatten, durch Hochofengase ums Leben gekommen. Drei andere, die hinzukamen, wurden betäubt, konnten aber gerettet werden.

Familiendrama in Elberfeld. Der Kaufmann Leisel, Inhaber der Firma Rud. Leisel u. Co. in Elberfeld hat Sonntag nacht seine Frau, zwei Kinder von zwölf und zehn Jahren und schließlich sich selbst mit Strychnin ums Leben gebracht. Aus zurückgelassenen Briefen geht hervor, daß die Familienmitglieder freiwillig aus dem Leben geschieden sind, da der geschäftliche Ruin des Hauses vor der Tür stand. Schon gestern waren größere Zahlungen fällig, die nicht mehr geleistet werden konnten.

Der größte Radiumkauf. Für 1 200 000 Mk. hat das Londoner Radio-Active Oxygen Institute 2000 Milligramm Radium, fast ein Drittel alles dessen, was von der kostbaren Substanz gegenwärtig vorhanden ist, zu Heilzwecken angekauft. Diese 2 Gramm stellen die gesamte Produktion der beiden Pariser Anstalten dar, die unter Aufsicht der Mme. Curie Radium erzeugen. Wie der Direktor des Londoner Instituts mitteilte, reflektierten auch noch verschiedene andere Länder, so Belgien, Rußland und Amerika auf den Vorrat, der sich durch besondere Reinheit auszeichnet, und England gelang es nur durch rasches Zugreifen, sich den kostbaren Schatz zu sichern. Die Nachfrage nach Radium bei dem Institut ist sehr groß; sie war in diesem Jahre 500 mal größer als im vorhergehenden. Das Radium wird an die großen Krankenhäuser ohne jedes Entgelt verliehen und auch für die private Behandlung zu einem sehr niedrigen Preise zugänglich gemacht werden.

Jeden Tag ein Rekord. Die Rekordflüge überstürzen sich geradezu. Das neueste auf dem Gebiete der Aviatik ist ein Schnelligkeitsrekord des französischen Fliegers Gilbert, der am Freitag in fünf Stunden vierzehn Minuten von Paris bis Pütnitz in Pommern, eine Strecke von 1050 Kilometer, geflogen ist. Mit diesem Rekordfluge dürfte es Gilbert gelungen sein, den Pommern-Preis, der bis zum 31. Oktober ausgeflogen sein mußte, an sich zu reißen.

Drei Schwestern in den Tod. Nachdem am Sonnabend die Malerin Kurz aus Landshut sich in Marburg a. d. Lahn mit Lysol vergiftet hatte, folgten ihr Sonntag ihre beiden älteren Schwestern, die als Lehrerinnen an höheren Lehranstalten in Marburg und Braunschweig angestellt waren, auf dieselbe Weise in den Tod.

Schiffsunglück. Aus Plymouth wird gemeldet: Der Kapitän des Dampfers „Salome", der in Plymouth eintraf, berichtete, er habe in Ertasa, einem Ort an der spanischen Küste, die Nachricht von dem Untergang eines spanischen Dampfers am 27. Oktober erhalten. Der Dampfer, dessen Name nicht bekannt ist, hatte 21 Personen an Bord, von denen keiner gerettet wurde.

Eine tolle Geschichte. Die Frankfurter „Volksstimme" berichtete kürzlich über eine Polizeiaffäre aus dem Taunusstädtchen Cronberg, die ihresgleichen sucht. Danach hat der 17jährige Max Zubrod, der auf der Cronberger Bürgermeisterei als Lehrling (!) beschäftigt war, ein amtliches Vorladungsformular ausgefüllt und es durch einen Polizeibeamten einem in Cronberg bediensteten Mädchen zustellen lassen. Das betreffende Mädchen wurde mittags 2 Uhr angeblich wegen eines Versehens bezüglich der Ausfüllung der Invalidenkarte auf die Bürgermeisterei beordert mit dem Vermerk, die Zeit ja recht pünktlich einzuhalten. Das junge Mädchen betrat nichtsahnend zur festgesetzten Stunde das Bureau, worauf der Bursche die Tür verschloß und das Mädchen nach kurzem Kampfe vergewaltigte. Weinend kam das Mädchen zu seiner Herrschaft zurück und erst am andern Tage erzählte es den Vorfall seiner Kollegin, die ihm sofort riet, die Sache unverzüglich zur Anzeige zu bringen. Bei der Gegenüberstellung bezichtigte die überfallene den Max Zubrod des gemeinen Verbrechens, worauf der hoffnungsvolle Bürgermeisterlehrling Fersengeld gab und ausrückte. Die Zustände auf der Kronberger Bürgermeisterei scheinen wirklich sehr „interessant" gewesen zu sein, daß ein „Lehrling" in ihren eigenen Räumen ungestört ein solches Verbrechen begehen konnte. Noch merkwürdiger wird die Sache, wenn nun gar mitgeteilt wird, daß die Wiesbadener Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Burschen eingestellt habe, weil „ein Sittenverbrechen nicht vorliege". Kommen hier denn nicht auch noch andere Vergehen in Frage? Und wann liegt denn nach Meinung der Anklagebehörde ein Sittenverbrechen vor, wenn dieses keines war?

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.